INTERIM

Wöchentliches Berlin-Info

auswärts
3 DM

2⁵⁰ DM

Nr. 421

22. Mai 1997



Inhalt

Ordner

Impressum:
Herausgeberin:
Interim e. V.
Gneisenaustr. 2a
10961 Berlin
Redaktionsanschrift: ebenda
V. i. S. d. P.: Charlotte Schulz
Gesamtherstellung:
Eigendruck im Selbstverlag



bis 24. Mai! Demonstration zum
Abschiebeknast Grünau
13.oo Uhr, Platz des 23. April in Köpenick
Wer bleiben will, soll bleiben!

Zum Umgang mit der Vergewaltigung im Wendland - Einladung zur Auseinandersetzung

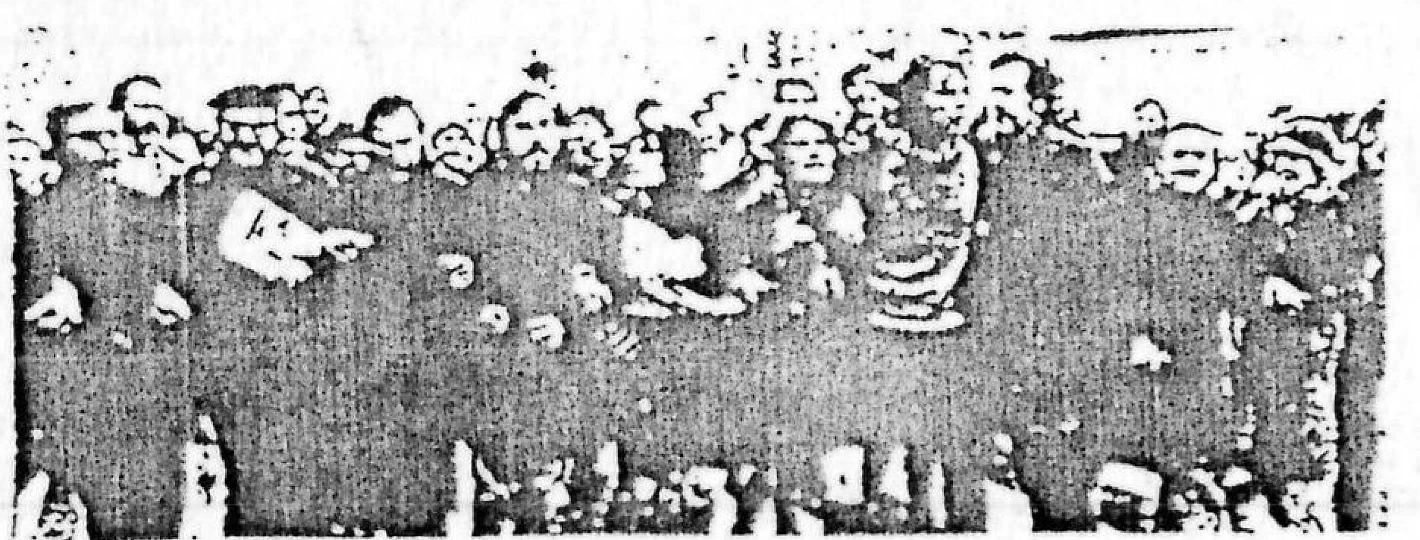
Die Ereignisse der Nix hoch drei-Tage Anfang März im Wendland liegen über 2 ½ Monate zurück. In vielen Szeneblättern und noch mehr in den Gruppen, die sich an den Aktionen gegen das Castor-Sixpack beteiligt haben, werden die Widerstandstage bilanziert. In der öffentlich wahrnehmbaren Auseinandersetzung spielen vor allem der Umgang mit Militanz, unser Verhältnis zum wendländischen Widerstand und zu den „Gewaltfreien", Bewertungen einzelner Aktionen sowie Einschätzungen über Perspektiven eine Rolle (siehe die Papiere in den letzten Interims und anderen Szenezeitungen).
Bislang kaum zur Sprache gekommen ist dabei die Vergewaltigung einer Frau durch einen Mann aus Dannenberg und unser Umgang damit. Obwohl die Vergewaltigung im Gusborner Camp während der Castor-Tage bekannt gemacht wurde, gab es kaum Reaktionen, sondern in weiten Teilen der versammelten autonomen Szene kollektives Nichtverhalten und Schweigen. Besonders augenfällig ist dies im Unterschied zu den Fascho-Angriffen in Dannenberg, nach deren Bekanntwerden sich sofort Leute dorthin aufgemacht haben, um den örtlichen Antifas zur Seite zu stehen. Nach der Vergewaltigung gab es weder ein kollektives Thematisieren, noch einzelne öffentlich wahrgenommene Aktionen, die unsere Wut und Trauer zum Ausdruck gebracht hätten. Im Gegenteil wurde nach dem üblichen betroffenen Schweigen in den meisten Zusammenhängen wieder zur Tagesordnung übergegangen. Der Widerstand gegen den Castor war es, der zählte und unsere Herzen und Gedanken beschäftigte. Die Vergewaltigung hat viele von uns sicher schockiert, aber unseren Widerstandsrhythmus hat sie nicht unterbrochen. Wir haben weitergemacht wie bisher und das Thema ignoriert oder verdrängt. Auch nach dem Transport bestimmte die Vergewaltigung nicht unsere Diskussionen, sondern sie kam meist erst am Schluß zur Sprache, wenn wir nach langem Erzählen und Berichten von tollen Aktionen, Atmosphäre usw. einräumten, daß es leider auch eine Vergewaltigung gegeben hat. Erst der Selbstmord der Frau brachte die Vergewaltigung wieder in unser Gedächtnis zurück und konfrontierte uns mit unserem Nichtverhalten, unserem Schweigen und unserer Ratlosigkeit. Die Resolution, die in Trebel verabschiedet wurde, war ein erstes sichtbares Zeichen. Dort wurde festgestellt, daß es kaum eine Bereitschaft gibt, sich mit Gewalt gegen Frauen und dem Geschlechterverhältnis auseinanderzusetzen. Aber dabei darf es unserer Meinung nach nicht bleiben.
Wir nehmen uns von dieser Beschreibung nicht aus: Unser eigenes Nichtverhalten und Nichtthematisieren vor Augen, sind wir erst dazu gekommen, über unseren Umgang mit der Vergewaltigung nachzudenken.
Es kann nicht darum gehen, etwas Versäumtes nachzuholen oder „wiedergutzumachen". Aber wir können versuchen, den Umgang mit der Vergewaltigung im Wendland zum Anlaß zu nehmen, um unser mehrheitliches Nichtverhalten zu reflektieren und nach den Ursachen zu suchen. Wir sollten uns die Frage stellen, warum uns die Vergewaltigung offenbar so wenig beschäftigt hat und was das mit unserem Verständnis von Widerstand und Kollektivität zu tun hat.
Dazu laden wir alle interessierten Menschen und Gruppen zu einem offenen Plenum ein. Wir möchten dort über unsere Verantwortung und unserem Umgang mit der Vergewaltigung reden. Wir wollen eine Auseinandersetzung nicht nur auf Berlin beschränkt, sondern in allen Strukturen und Spektren des Widerstands. Es ist unsere Hoffnung, daß sich in allen Berliner Zusammenhängen, die im Wendland waren, Gedanken dazu gemacht werden und wir uns nicht ein weiteres Mal anschweigen, sondern uns etwas zu sagen haben.
Das erste Treffen soll am Dienstag, 27. Mai um 20 Uhr im Kato (direkt im U-Bahnhof Schlesisches Tor) stattfinden.

Wir haben gehört, daß es im Wendland noch eine Vergewaltigung gegeben hat, von der nur bekannt ist, daß der Vergewaltiger ein Neonazi gewesen ist. Mehr wissen wir darüber nicht.

Einige Männer aus Berlin

Von der Revolte zur Revolution?

- Eine Filmreihe zum 2. Juni 1967 -



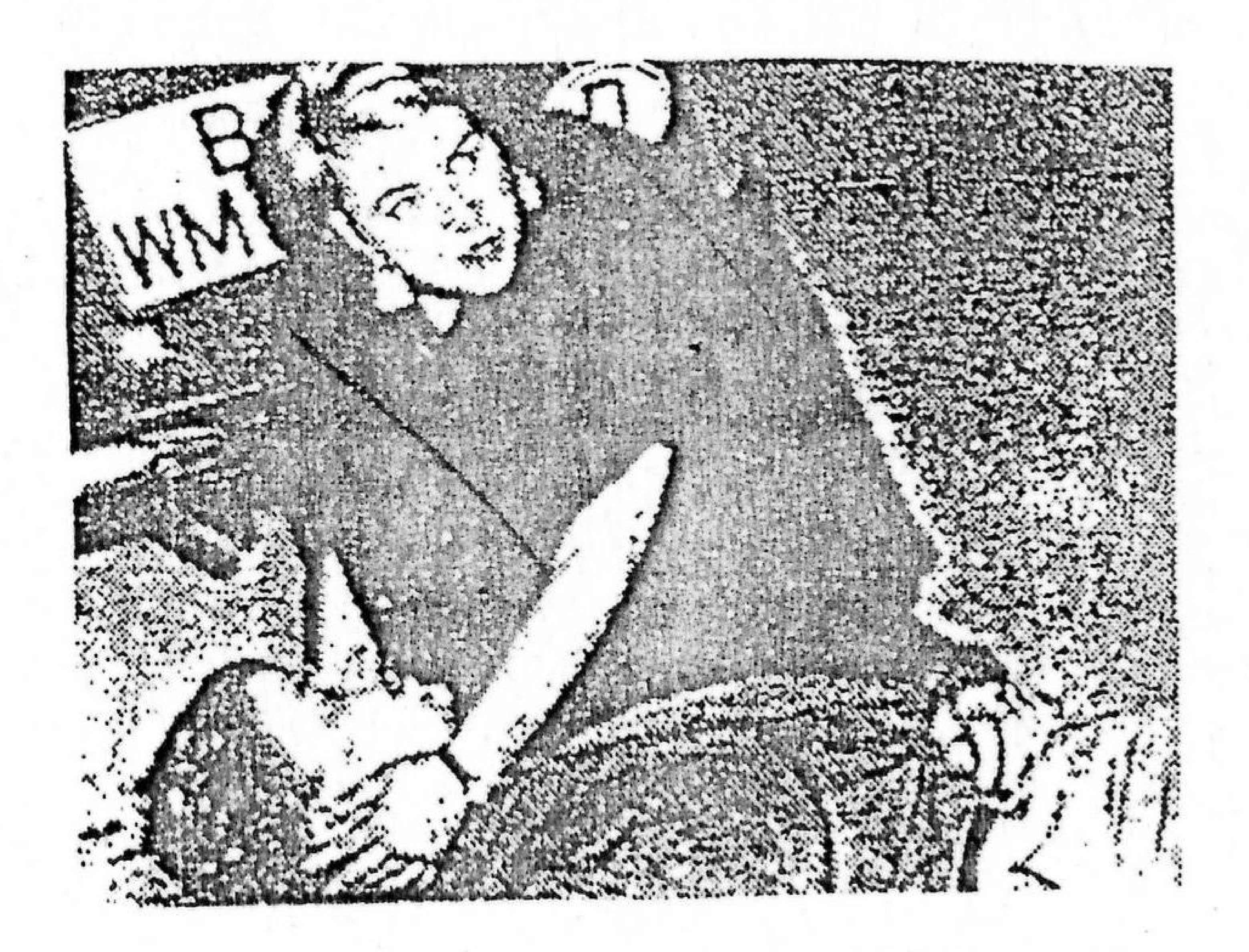
Im Vorfeld des Benno-Ohnesorg-Kongresses vom 30.5.97 bis zum 1.6.97 an der TU Berlin zeigt der Infoladen Daneben eine kleine Filmreihe zum 2. Juni 1967 und den Folgen in der jüngeren Geschichte der BRD.
Mit der Filmreihe wollen wir einen Beitrag zur aktualisierten Aneignung linksradikaler Widerstandsgeschichte leisten.

Wir zeigen die Filme im
X-B-Liebig, Liebigstr. 34, 10247 Berlin

Mi., 28.5.97, 21 Uhr:
"Polizeistaatsbesuch" und "Von der Revolte zur Revolution"
(BRD 1967, 45 Min. & BRD 1968/69, 60 Min.)

Der Film "Polizeistaatsbesuch - Beobachtungen unter deutschen Gastgebern" zeigt detailliert die Vorbereitung und den Ablauf des Schah-Besuchs in der BRD am 2. Juni 1967. Folkloristische Darbietungen in Rothenburg, Militärzeremoniell, Autobahntotalsperrung. Um den studentischen Protest im Zaum zu halten, kommt es zu einem Großeinsatz von 30.000 Bullen. "Jubelperser" und berittene Polizisten greifen die DemonstrantInnen an. Bei der abendlichen Demo kommt die neue "Leberwurst-Taktik" der Bullen zum Einsatz, schließlich wird Benno Ohnesorg erschossen.

"Von der Revolte zur Revolution" ist ein eindrucksvolles Stimmungsbild der Studentenbewegung 1968: Belagerung des Springer-Hauses, Teach-Ins, Interviews mit StudentInnen und PassantInnen, Szenen des politischen Kampfes gegen den Staatsapparat, gegen Springer und die Notstandsgesetze. In den Bildern von Aktionen und Demos kommt die Aufbruchstimmung jener Zeit zum Ausdruck. - Daneben Aufnahmen der DGB-Feier am 1. Mai 1968 mit Herbert Wehner, in denen deutlich wird, daß die Revolution wohl doch erst morgen stattfinden wird...



Do., 29.5.97, 21 Uhr:
"Berlin, 2. Juni 1967" und "Terror auch im Westen"
(BRD 1967, 50 Min., & BRD 1968, 30 Min.)

Polizeistaatsbesuch des Schah von Persien. Eine gigantische Polizeistreitmacht ist zuständig für die Sicherheit des Gastes während seines Aufenthalts in Westberlin. Während der Schah mit den Oberen der Stadt die Oper besucht, erschießt der Polizeibeamte Kurras in Zivil den Studenten Benno Ohnesorg...

Geplant war "Terror auch im Westen" als eine Art APO-Wochenschau über den internationalen Vietnam-Kongreß 1968 in Berlin und über die - gegen ein Verbot durchgesetzte - Demonstration von 15.000 Vietnam-Kriegs-GegnerInnen.
Unter dem Eindruck des Attentats auf Rudi Dutschke und der daraufhin stattfindenden Anti-Springer-Aktionen wurde daraus jedoch eine empörte Anklage gegen die Methoden der Herrschenden und ihrer Massenmedien, linke Opposition von vornherein als "Terror" zu denunzieren.

Fr., 30.5.97, 21 Uhr:
"Projekt Arthur - die Gewaltfrage"
(BRD 1987, 72 Min.)

Ende der 60er Jahre: die Nachkriegsgeneration war angetreten, sich vom Nazi-Erbe zu befreien; der Schatten einer Revolution liegt über dem Land. Doch es ist der Schatten der Revolution einer anderen - der hungernden, ausgeplünderten und von Bomben zerfetzten Dritten Welt. Jedes politische Handeln steht und fällt im Kontext der internationalen revolutionären Bewegungen. Dann der Tod von Benno Ohnesorg; während die einen noch diskutieren, wie der Widerstand jetzt weiter zu organisieren sei, haben andere die Frage längst praktisch entschieden: Sie nannten sich "Haschrebellen", "Tupamaros Westberlin" etc. und stifteten mit Brandanschlägen u.a. in der Stadt Unruhe. "Wenn wir das mit der Solidarität mit der Dritten Welt wirklich ernst meinen, dann müssen wir den Feind hier bekämpfen". Der Film geht der Frage der Mittel zur Durchsetzung politischer Ziele nach, der Frage von Gewalt und Gegengewalt.



Eine Veranstaltungsreihe des
Infoladen Daneben
Liebigstr. 34, 10247 Berlin
(Di. bis Fr. von 14 - 19 Uhr sowie montags nur für Frauen von 18 - 22 Uhr)

KONKRET-Gespräch

Die »Benz«-Variante

Nach achteinhalb Jahren Illegalität ist er wieder aufgetaucht: Die Bundesanwaltschaft hat das Verfahren wg. Mitgliedschaft in einer »terroristischen Vereinigung« gegen Uli Dillmann eingestellt. Oliver Tolmein sprach mit ihm über seine Erfahrungen

KONKRET: Gegen dich wurde wegen Mitgliedschaft in einer »terroristischen Vereinigung« ermittelt. Vor achteinhalb Jahren bist du von der Bildfläche verschwunden. Warum?

Dillmann: Am 18. Dezember 1987 fanden bundesweit Hausdurchsuchungen statt. Die Razzia unter dem Kodewort »Aktion Zobel« richtete sich gegen vermeintliche Mitglieder bzw. Unterstützer/innen der »Roten Zora« und der »Revolutionären Zellen«. Auch meine Wohnung wurde damals durchsucht. Ich hatte keine Lust, unter dem Druck und der Observation der »Herren des Morgengrauens« zu leben. Deshalb habe ich es vorgezogen, für die Staatsorgane unerreichbar zu sein.

»Emma« hat 1989 von dir behauptet, daß du »Undercoveragent« des Bundesamtes für Verfassungsschutz und ein »Agent Provocateur« seist – vor allem weil es keinen Haftbefehl gegen dich gab.

Der Gang der Dinge hat, denke ich, recht eindrucksvoll gezeigt, was für eine abenteuerliche und von keiner genauen Kenntnis der Vorgänge getrübte These das war und ist. Interessant daran ist heute nur noch, daß die Rate-Expertin Schwarzer damals die Aussage von Ingrid Strobl aufgegriffen hat, sie habe einen Wecker, der angeblich bei einem Anschlag gegen die Lufthansa und den Sextourismus benutzt worden war, an einen »Mister X« weitergegeben. Ohne diese Einlassung wären die Spekulationen, daß ich dieser Mann sei und zudem noch vom Staatsschutz bezahlt würde, kaum aufgekommen. Für mich zeigt dies noch einmal sehr deutlich, wie problematisch und folgenreich für andere selbst Aussagen in Gerichtsverfahren sein können, die nur einen selbst entlasten sollen und in denen kein Name genannt wird.

Warum konntest Du jetzt plötzlich zurückkehren?

Die Bundesanwaltschaft hat am 12. März 1996 das Ermittlungsverfahren gegen mich »mangels Beweisen« eingestellt. Juristisch gibt es damit keinen Grund mehr, wegzubleiben.

Und wieso mangelt es jetzt plötzlich an Beweisen?

Die Frage ist wohl eher, auf welcher Grundlage achteinhalb Jahre lang ermittelt wurde.

Hat es zwischen dir und dem Verfassungsschutz Absprachen oder Gespräche gegeben?

Nein. Ich habe weder mit dem Verfassungsschutz noch mit der Bundesanwaltschaft oder sonstigen Staatsschutzorganen Gespräche geführt oder Absprachen getroffen. Weder in der Bundesrepublik noch in einem anderen Land. Es hat auch keine Vermittlungsgespräche anderer Personen gegeben. Allerdings ist mehrmals ein Verfassungsschützer, der sich »Herr Benz« nennt, sowohl bei meinen Eltern als auch bei meiner Rechtsanwältin aufgetaucht, um so mit mir in Kontakt zu kommen. Nachdem diese Versuche ins Leere gelaufen sind, hat sich die Bundesanwaltschaft – so scheint es mir jedenfalls – entschieden, das Verfahren gegen mich offiziell einzustellen. Und auf dieser Grundlage bin ich ohne behördliche Hilfe zurückgekehrt.

Weißt du etwas über die sonstigen Aktivitäten von »Benz«?

Soweit mir bekannt ist, hat der Verfassungsschutz mehrmals bei verschiedenen Gelegenheiten und gegenüber unterschiedlichen Personen angeboten, solchen Leuten, die als Mitglieder oder Unterstützer/innen der »Roten Zora« und der »Revolutionären Zellen« gesucht werden und abgetaucht sind, bei ihrer Legalisierung zu helfen, sprich, mit den jeweiligen Behörden Vorgespräche zu führen und mögliche Wege zu ebnen. Dabei präsentiert sich der Typ, der den Aliasnamen »Benz« benutzt, als Vermittler. Er behauptet, daß er, falls sich jemand stellen will, mit der BAW das Strafmaß für die jeweilige Person aushandeln könne. Allerdings übernimmt er keine Garantien dafür, daß dann alles so klappt. Die Aktivitäten von »Benz« erwecken den Eindruck, als wolle der Staatsschutz, nachdem die Zielfahndungskommandos jahrelang ohne Ergebnis gearbeitet haben, die verbliebenen Fälle aus dem Bereich »Rote Zora« und »Revolutionäre Zellen« quasi einvernehmlich abwickeln, um auch dieses Kapitel des militanten und bewaffneten Widerstands in der Bundesrepublik endlich als »erledigt« abhaken zu können. »Benz« funktioniert also als Scharnier zwischen dem polizeilichen und juristischen Verfolgungsinteresse einerseits und den Opportunitätserwägungen der Politik andererseits. Schließlich hat die Kronzeugenregelung nicht dazu geführt, daß sich Gesuchte stellen. Auch die vom Staatsschutz angebotenen Abschwörrituale haben nur bei den »DDR-Aussteigern« der RAF verfangen. Und nun – behaupte ich – ist die Vorbedingung für ein möglicherweise moderates Vorgehen der Justiz, daß jemand »freiwillig« wieder auftaucht, sich zur Anklage äußert und vor Gericht erscheint. Dabei wird nicht nur das zu erwartende Strafmaß, sondern auch der Umfang der Einlassung zur Anklage im Vorfeld über »Herrn Benz« abgekaspert.

Wie kommt es dann, daß diese »Benz«-Aktivitäten – anders als Kronzeugenregelung und andere Aussteigerprogramme – bislang kaum öffentlich propagiert worden sind?

Ich denke, weil eine klammheimliche Abwicklung für den Verfassungsschutz mehrere Vorteile besitzt. Zum einen, weil sie die Gefahr von Querschüssen aus den Reihen der Hardliner von Bundesanwaltschaft, BKA und Politik minimiert. Zum anderen verhindert das Agieren hinter den Kulissen, daß für den Verfassungsschutz unliebsame Diskussionen in der Öffentlichkeit – und natürlich auch in der linken Öffentlichkeit – zustandekommen. Trotzdem ist das gesamte Vorgehen in weiten Kreisen kein Geheimnis. Und ich bin der Meinung, daß es auch jenseits der direkt Betroffenen zur Kenntnis gelangen sollte. Zumal es im Zusammenhang mit der Staatsschutzaktion im Dezember 1987 gegen

Oliver Tolmein

»Aktion Zobel«

Das Interview mit Uli Dillmann lenkt den Blick noch einmal auf die »Aktion Zobel« von BKA und Bundesanwaltschaft, deren bekanntestes Opfer die Journalistin Ingrid Strobl war, die damals verhaftet wurde (KONKRET 3/89). Sie hatte einen Wecker der Marke »Emes Sonochron« gekauft, den die »RZ« bei einem Anschlag auf den Kölner Flughafen verwendet haben soll. Auch andere Leute aus der linken Szene, von denen das BKA behauptet, sie hätten einen der »anschlagsrelevanten« Wecker dieses Typs gekauft, wurden damals mit Haftbefehl gesucht – allerdings ohne Erfolg. Sie waren abgetaucht. Eine Frau lebt seit einigen Wochen wieder legal – ihr wird in Stuttgart-Stammheim der Prozeß wegen Mitgliedschaft in einer »terroristischen Vereinigung«, den »RZ«, gemacht werden. Zwei weitere Personen werden noch mit Haftbefehl gesucht. Eine bemerkenswerte Rolle spielt in diesem Zusammenhang der Verfassungsschutz-Agent »Benz«, der seit längerem versucht, Illegale zur Rückkehr in den deutschen Alltag zu bewegen (KONKRET 3/93). Daß der Staatsschutz auch anders kann, hat er im Fall Dillmann gezeigt: Zwei Freundinnen des Gesuchten, gegen den die Indizien so schwach waren, daß nicht einmal ein Haftbefehl erlassen worden war, wurden 1989 für mehrere Wochen in Beugehaft genommen, weil sie, nach Dillmanns Aufenthalt befragt, jede Aussage verweigerten: »Die Angaben der Zeuginnen sind für die Fortführung des Verfahrens von entscheidender Bedeutung, weil im derzeitigen Stadium kaum noch andere Beweismittel, durch die der Tatverdacht überprüft werden kann, zur Verfügung stehen«, urteilte der Bundesgerichtshof 1989 lakonisch.

Wie Alice Schwarzer auf Agentenjagd ging

IST MR. X EIN V-MANN?

Anwältin Lunnebach: „Ja, auch ich finde

»Abenteuerliche These« – Ausriß aus der »Frankfurter Rundschau«, 7. Juli 89

die »Rote Zora« und die »Revolutionären Zellen« eine breite Solidaritätsbewegung gegeben hat. Zumindest alle diejenigen, die damals daran teilnahmen, haben meines Erachtens ein Anrecht darauf, über das Warum und das Wie der Rückkehr derjenigen, die damals abgetaucht sind und nach denen öffentlich gefahndet wurde bzw. zum Teil noch wird, informiert zu werden.

Hältst du die »Benz«-Offerte für einen grundätzlich nicht gangbaren Weg?

Ich kann sehr gut verstehen, wenn jemand nach vielen Jahren der Illegalität zurückkehren will, die Schnauze voll hat. Das ewige Verstecken und Verstellen kostet sehr viel Kraft – psychische wie physische. Zusätzlich haben sich die politischen Koordinaten in den letzten Jahren erheblich verändert. Vor diesem Hintergrund bin ich in der glücklichen Situation gewesen, daß das Ermittlungsverfahren gegen mich eingestellt wurde. Um zurückzukommen, brauchte ich nicht auf die »Benz«-Initiative einzugehen. Somit befinde ich mich gegenüber den anderen in einer privilegierten Situation. Und aus dieser heraus sage ich: Es liegt in den Händen der Bundesanwaltschaft, die Strafverfahren gegen die übrigen Personen ebenfalls einzustellen.

Wo hast du dich in den letzten Jahren aufgehalten?

Ich war die meiste Zeit im Hades und zwischendurch in Atlantis.

Und wie hast du in den achteinhalb Jahren Illegalität gelebt?

Gut, weil ich nicht im Knast gesessen habe. Daß ich einen Tag wirklich schlecht gelebt hätte, kann ich nicht behaupten. Aber es hat natürlich miese Zeiten gegeben. Momente, in denen ich niedergeschlagen und deprimiert war, in denen mir die veränderte Lebenssituation auf den Geist gegangen ist. Ich war von heute auf morgen aus meiner gewohnten Umgebung herausgerissen und mußte in einer Umgebung leben, die ich mir nicht ausgesucht hatte. Ich mußte mich nicht nur verstecken, sondern auch verstellen. In der ersten Zeit habe ich, bevor ich die Wohnung verließ, die Umgebung abgecheckt, vermieden, im Treppenhaus einem Hausnachbarn zu begegnen, und mich bemüht, mit niemandem aus meiner Lebensumgebung zusammenzutreffen. Stammkneipe – geschenkt. Leute, die du mal in deine Wohnung einlädst – unmöglich.

Wie hat sich diese Art zu leben auf dich ausgewirkt?

Am Anfang habe ich mich immer mehr in meine Wohnung zurückgezogen. Aus dem Radio gehört, was in der Welt passiert, und die Realität durch die Bildröhre des Fernsehens wahrgenommen. Eine unwirkliche Welt. Politische Diskussionen haben mich mit Ausnahmen mittels beschriebenen Papiers nicht erreicht. Wenn du dann alles gelesen und darüber nachgedacht hast, fehlen dir die Gesprächspartner/innen. Und sitzt dir dann endlich jemand gegenüber, mit dem du über das Gelesene reden könntest, haben die politischen Diskussionen bereits eine andere Richtung genommen, und du wirst mit neuen Diskussionsbeiträgen konfrontiert.

Normale Alltagskommunikation wurde plötzlich für mich zum Problem. Alle Menschen haben sich etwas zu erzählen, wenn sie sich zufällig in Bahn und Bus, in Kneipen oder Restaurants begegnen. Du isolierst dich, du schweigst – mit dem Ergebnis, daß du abseits stehst. Oder du erzählst erfundene Geschichten. Aber auch das birgt viele Risiken.

Früher bin ich bei Zahnschmerzen einfach zum Arzt gegangen. Plötzlich konnte ich nicht mehr meinen Krankenschein zücken. Bevor ich zum Zahnarzt gehen konnte, habe ich erst mal stundenlang darüber nachgedacht, was ich dem erzähle, welche Daten ich bei der Sprechstundenhilfe angebe. Dinge, über die ich früher nicht eine Sekunde nachgedacht habe, weil sie mir selbstverständlich waren, bekamen nun riesige Dimensionen. Der Nachbar schlägt seine Frau – du drehst den Fernsehton lauter. In der Kneipe werden Ausländer angemacht – du schweigst, trinkst dein Bier aus und zahlst. Mensch möchte schließlich nicht auffallen.

Trotzdem siehst Du nicht gerade fertig aus.

Bin ich auch nicht. Schließlich gab es jede Menge schöne Situationen. Du lernst neue Menschen kennen, mit ganz anderen Erfahrungen als den deinen. Du lernst zuhören, obwohl mir das noch immer sehr schwer fällt. Du beginnst dir eine Lebensgeschichte zu stricken, die auf der einen Seite Teile deiner wirklichen Lebensgeschichte enthält, aber doch so weit von deiner früheren Wirklichkeit angesiedelt ist, daß es nicht auffällt. Und nicht zuletzt habe ich Menschen kennengelernt, die von meiner Situation wußten und die mich einfach in ihren Freundeskreis integriert haben. Meine »Vergangenheit« spielte keine Rolle mehr. Ich war Bekannter von jemanden, und darüber haben sich andere Dinge entwickelt, Freundschaften und Bekanntschaften. Du wirst als der Mensch geschätzt, den du im Moment verkörperst.

Wird die Illegalität über die Jahre Routine?

Natürlich. Du gewöhnst dich daran. Und ich glaube heute, ohne diesen Anpassungsprozeß hält mensch das auch nicht lange aus. Aber es verlangt dir auch eine verfluchte Disziplin und den Willen ab, sich mit den Gegebenheiten zu arrangieren.

Welche Rolle spielt dabei die Hoffnung, irgendwann wieder legal leben zu können?

Für mich hat diese Hoffnung keine Rolle gespielt. Zwar habe ich schon mal mit jemandem darüber geredet, so nach der Devise: »Was macht man, wenn …« Aber das waren mehr Spinnereien, weinselige Gespräche, als seriöse Planungen. Ich halte das auch für äußerst gefährlich. Wenn du beginnst, Tage zu zählen, wirst du verrückt im Kopf. In den letzten Monaten haben mich ganz andere Dinge beschäftigt: Will ich all das, was ich gelebt habe, wieder tauschen? Die Entscheidung zur Rückkehr ist mir sehr schwer gefallen. Denn so wie der Entschluß, abzutauchen, einen Sprung ins kalte Wasser für mich darstellte, so bedeutet auch die Rückkehr zu früheren Verhältnissen und politischen Zusammenhängen, die mir zwangsläufig fremd geworden sind, einen Schritt ins Ungewisse.

Wovon hast Du all die Jahre gelebt?

Von Luft und Liebe! Nein, im Ernst: Das Kohleproblem begleitet einen ständig, aber wie du siehst, habe ich nicht am Hungertuch genagt. Immer waren Frauen und Männer da, die mich unterstützt haben. Ihnen allen möchte ich danken. Und wenn es trotz alledem mal eng wurde? Herrjeh, guck dir die Flüchtlinge an, die hier in Europa versuchen, ihr Überleben zu organisieren. Dagegen ging es mir wirklich die ganze Zeit blendend.

Was hast du jetzt vor? Welche Pläne hast du?

Zuhören und mich umschauen, mich mit den politischen und gesellschaftlichen Veränderungen in Deutschland auseinandersetzen. Eine Wohnung muß ich mir suchen, mein Leben organisieren. Mehr Pläne habe ich nicht, will ich auch nicht machen. Der Rest wird sich ergeben.

Ist dir bekannt, ob die nach wie vor gesuchten Personen ebenfalls über eine Rückkehr nachdenken?

Wenn die Staatsschutzbehörden der Bundesrepublik Deutschland wirklich wollen, daß sich die gesuchten Genoss/inn/en legalisieren, dann gibt es meiner Meinung nach eine sehr einfache und glaubwürdige Form, um dies zu erreichen: Die Bundesanwaltschaft muß alle Haftbefehle aufheben und sämtliche Ermittlungsverfahren einstellen.

Oliver Tolmein schrieb in KONKRET 8/96 über eine antisemitische Panikmache

Action Directe

Action Directe gründete sich Ende der 70er Jahre in Frankreich im Zusammenhang mit dem Entstehen der Metropolenguerilla in verschiedenen westeuropäischen Ländern. "*Die Individuen und Gruppen, welche verschiedene Erfahrugnen von bewaffneter Propaganda gemacht haben, haben die Notwendigkeit empfunden, sich über punktuelle Aktionen oder politische Kampagnen (...) hinaus, ein Werkzeug zu geben, um eine kommunistische Strategie voranzutreiben. Seit Beginn unseres Erscheinens sind wir eine kommunistische Guerilla gewesen, den anti-imperialistischen Kampf von einer Klassenposition aus verteidigend: – die Konsequenz – ein praktisches Verständnis von der Notwendigkeit der revolutionären Illegalität.*" (AD 1982)

In dem Ziel den bewaffneten Kampf, seine strategische und taktische Notwendigkeit als Teil eines langandauernden revolutionären Kampfes, in Frankreich einzupflanzen erfolgt eine erste Phase von Aktionen: "*Wir haben drei grundlegende Sektoren bevorzugt, auf denen sich die kapitalisitsche Restrukturierung abspielt: Imperialismus und Immigration, Lohnarbeit, Wohnungs- und Lebensbedingungen*" (AD 1982)

"*Während die erste Phase auf die Einpflanzung der Strategie in das Innere der proletarischen Ghettos zielte, war die zweite Phase darauf gerichtet, wieder an die Linien der globalen Entwicklung der Strategie anzuknüpfen.(...) In den Ghettos haben wir – praktisch – verstanden, daß das proletarische Bewußtsein keinerlei Trennung akzeptieren kann. Daß die Neuzusammensetzung der Klasse durch den Internationalismus führt... (...) Wir haben keinerlei internationale Kontakte gesucht, sondern über unsere Aktionen den Internationalismus hier praktiziert.*" (AD 1984)

Action Directe kämpfte seitdem für die Einheit der Revolutionäre in Westeuropa, die Entwicklung eines gemeinsamen Kampfes der westeuropäischen Guerillaorganisationen und Widerstandsbewegung gegen die zentralen Projekte des Imperialismus in der Herausbildung eines vereinheitlichten west-europäischen Machtblocks. Mit zahlreichen Interventionen gegen ökonomische, politische und militärische Einrichtungen und Funktionsträger, die repräsentativ für die reaktionärene Formierung, das Roll-Back gegen die Befreiungskämpfe im Trikont und den Kurs der verschärften Ausbeutung und Unterdrückung waren, war Action Directe ein wichtiger Faktor in den internationalen Mobilisierungen und Offensiven, die Anfang bis Mitte der 80er Jahre quer durch Westeuropa ihren Ausdruck fanden. Ihre Politik bestimmte sich auch innerhalb der antiimperialistischen Front, die 1982 von der RAF vorgeschlagen wurde.

Der Verhaftung der 4 Militanten im Februar 1997 waren weitere Verhaftungen vorausgegangen und sie beendete die politisch-militärische Aktivität von Action Directe. In der Propaganda und den Prozessen wurden die 4 Gefangenen für alle bewaffneten Aktionen der Organisation verantwortlich gemacht und in mehreren Prozessen zu lebenslänglich verurteilt. "*Der Staat wollte siegen und schnell siegen, um mit der Organisation und vor allem mit der Guerilla, der politischen Praxis des bewaffneten Kampfes Schluß zu machen. Wir standen für beides, die Organisation und die Guerilla. Deshalb wurden wir sofort als Mitglieder der Kommandos beschuldigt, bis hin zu der Posse uns für ihre sämtlichen bewaffneten Aktionen verantwortlich zu machen.*"

Zu aktuellen Situation von Joëlle Aubron, Nathalie Ménigon und Jean-Marc Rouillan

Jean-Marc Rouillan ist seit September 1994 in der Centrale Lannemezan inhaftiert, die 'normale Haft' beinhaltet dort zum Beispiel, daß seitdem Gefangene mit denen er zusammen war und diskutiert hat verlegt wurden, oder daß sein Computer wochenlang beschlagnahmt wird, um eine seine politische Arbeit zu 'untersuchen' sowie das Verbot Bücher oder Broschüren von draußen zu erhalten.

Joëlle Aubron und Nathalie Ménigon sind seit Juni 1996 wieder in Fleury-Mérogis. Am 21. Dezember vorigen Jahres erlitt Nathalie in den frühen Morgenstunden eine, glücklicherweise, reversible Lähmung der linken Körperhälfte, verursacht durch ein Blutgerinnsel im Gehirn. Nach mehrwöchiger Behandlung im Knastkrankenhaus von Fresnes und mehreren externen Untersuchungen, wurde Nathalie nach Fleury zurückverlegt. Auch wenn sich Nathalie sehr schnell erholt hat und die Folgen der Lähmung mit Hilfe ihres starken Willens, durch Gymnastik und Sprachübungen fast vollständig überwunden hat, bleibt nach dem was wir von den unmittelbaren Ursachen dieses Anfalls wissen, die Frage nach seinen möglichen Zusammenhängen mit dem Reno-Syndrom, an dem Nathalie in folge der Hungerstreiks leidet. Neben der Tortur, die ein jahrelanger Freiheitsentzug für den Körper bedeutet, sind die Hungerstreiks, die gegen die Haftbedingungen notwendig wurden eine besondere physische Belastung.

Unter dem Vorwand des DPS-Statut (besonders überwachte Gefangene) bedeutet 'Normalität', daß es z.B. nicht möglich ist, daß Joëlle und Nathalie gleichzeitig an Gemeinschaftsaktivitäten teilnehmen. Dabei wird die Möglichkeit des Zusammenseins mit anderen Gefangenen und die Teilnahme an Kursen und Sport gegen das Zusammensein der beiden gestellt. Darüber hinaus bleibt der Zugang zu den Gemeinschaftsaktivitäten von der Willkür der Knastdirektion abhängig.

Neue Besuchserlaubnisse werden für alle 3 Gefangenen kategorisch abgelehnt, selbst wenn sich die AntragstellerInnen den vorgeschobenen Sicherheitsprüfungen unterziehen, steht am Ende die Ablehnung. Die Knastleitung in Fleury hat darüber hinaus für alle Gefangenen eine 150 km Zone erfunden. Nur für BesucherInnen die außerhalb dieser Willkür-Zone wohnen ist es möglich auf Antrag eine Stunde Besuch, statt 30 Minuten zu erhalten, und das nur einmal pro Monat.

Die Adressen der Gefangenen:

Joëlle Aubron
prisonnière politique
MAF 31504 u
9, av. des Peupliers
91700 Fleury Mérogis

Nathalie Ménigon
prisonnière politique
MAF 32091g
9, av. des Peupliers
91700 Fleury Mérogis

Jean-Marc Rouillan
prisonnier politique
969 B204
BP 166, Rue des Saligues
65300 Lannemezan

Informationen über die Siuation der politischen Gefangenen aus Action Directe, Bestellungen von Broschüren und Texten sowie Postkartenserien mit Collagen von Joëlle Aubron: Internationalistisches Komitee, Alte Feuerwache, Landwehrplatz 2, 66111 Saarbrücken.
Die Zeitung "Front" Nr. 1-7 (nur auf Französisch); "Zusammenstellung" Nr. 1-7 (deutsche Übersetzungen der Texte der Gefangenen und aktuelle Informationen); 3 farbige Postkartenserien à 8 Motive; Solidaritätspostkarte zu Mumia Abu-Jamal...

DAS LANDESARBEITSAMT BERLIN-BRANDENBURG INFORMIERT:

BERLIN - BRANDENBURG

Im **ArbeitsFörderungsReformGesetz** wurden zum 1.4.97 die folgenden wesentlichen Änderungen beschlossen:

* Verschärfung der **Bedürftigkeitsprüfung** (bei „eheähnlichen Gemeinschaften" und Ehepaaren). Überprüfung von Konten in Zusammenarbeit mit den Finanzämtern, Datenabgleich, schärfere Prüfung von Vermögen (im Jahressteuergesetz 97).
* Verschärfung der **Zumutbarkeitsbedingungen** in Bezug auf die Qualifikation und im Zusammenhang mit der Verfügbarkeit zur Arbeitsaufnahme. Die Annahme von Arbeit in Höhe des Arbeitslosengeldes oder der Arbeitslosenhilfe wird nach sechs Monaten zur Pflicht, bei Drohung mit 12-wöchiger Sperrzeit. Somit vollständiger Verlust erworbener Qualifikationen.
* Verschärfung der **Zumutbarkeit in Bezug auf die Pendel- und Wegezeit,** bei bis zu sechsstündiger Arbeit 2,5 Stunden, bei über sechsstündiger Arbeit 3 Stunden Pendelzeit zumutbar.
* **Verkürzung der Bezugsdauer** von Arbeitslosengeld für 42-, 44-, 49- und 54-jährige (Erhöhung der Bezugsdauer von ALG erst ab 45., 47., 52., 57. Lebensjahr).
* **Abfindungen** werden nach Abzug eines altersabhängigen Freibetrags mit der Hälfte des Arbeitslosengeldes verrechnet. Achtung: Es gibt eine Übergangsfrist bis 1998!
* **Herabsetzung der Sozialversicherungsgrenze (Kurzzeitigkeitsgrenze)** in der Arbeitslosenversicherung wie schon in der Rentenversicherung auf 15 Std./Woche. Es gibt hier auch eine Übergangsfrist bis 1998.
* Erwerbslose bekommen eine **ABM oder Maßnahme nach §§ 249h, 242s** erst nach 12 Monaten Bezug von Arbeitslosengeld oder Arbeitslosenhilfe zugewiesen.
* Verstärkt Einrichtung von **Praktika und Trainingsmaßnahmen** (bisher Maßnahmen der Arbeitsberatung) für Erwerbslose innerhalb und außerhalb von Betrieben. Bezahlung der Arbeitskräfte durch das Arbeitsamt.
* Schaffung **von Eingliederungsmaßnahmen und -verträgen** im Zusammenhang mit **Eingliederungszuschüssen:** Diese Teile der „aktiven Arbeitsmarktpolitik" sollen direkt in den Betrieben passieren, sie sollen nicht dem normalen Kündigungsschutz und der Mitbestimmung der Betriebsräte unterliegen, da die Erwerbslosen als **„Beschäftigte"** und nicht als **„ArbeitnehmerInnen"** definiert sind. Außerdem ist die Lohnfortzahlung bei Krankheit eingeschränkt.
* Direkte Überführung von **Sozialplanmitteln** in Arbeitsförderungsleistungen, damit sich Gekündigte in anderen Betrieben „bewähren" können.
* Die früheren **Lohnkostenzuschüsse nach § 249h, §242s und ABM**, die ab 1998 **Strukturanpassungsmaßnahmen** heißen sollen, u.a. sollen untertariflich nur noch mit 80% des berücksichtigungsfähigen Arbeitsentgelts bei einer Kappungsgrenze des Zuschusses von **5124.- DM brutto (West) und 4368.- DM brutto (Ost)** bezahlt werden dürfen. Untergrenze des ABM-Lohns: **2135.-/1820.- DM brutto (West/Ost).** Es sei denn, es werden mit den Gewerkschaften Einstiegstarife von bspw. 90% vereinbart, dann soll der Lohn 90% von diesen 90% betragen. Folge: **Bei mangelnden Eigenmitteln der Träger können diese nicht mehr auszahlen. Der Lohn sinkt auf Sozialhilfeniveau.**
* Die beruflichen **Rehabilitationsleistungen für Behinderte** nach dem AFG werden massiv verschlechtert.



Widerstand zahlt sich aus

Die neuen Änderungen im AFRG dienen dazu, Frauen, aber auch Jugendliche und MigrantInnen aus der Arbeitslosenversicherung herauszudrängen, die Lohnersatzleistungen auf ein Minimum zu beschränken und Menschen als Arbeitskraftreserve zu Billiglöhnen in miese Jobs zu drängen. Es wird sogar staatlicherseits künstlich ein neuer Niedriglohnsektor geschaffen, in dem sich dann alle Erwerbslosen, Sozialhilfe-EmpfängerInnen und prekär Beschäftigten tummeln können. Es wird Zeit, daß wir uns hiergegen massiv zur Wehr setzen, denn ansonsten wird uns wieder das Fall über die Ohren gezogen!

Wir im Berliner Sozialbündnis organisieren Widerstand. Wir sind ein Zusammenschluß von StudentInnen, kritischen GewerkschafterInnen, ProjektmitarbeiterInnen, Erwerbslosen, Sozialhilfe-EmpfängerInnen, Behinderten, MigrantInnen und anderen Betroffenen.

Wir fordern:

*** Rücknahme des AFRG!**
*** Eine radikale Umverteilung von oben nach unten!**
*** Statt Sozialkürzungen eine Grundsicherung von 1500.- DM plus Miete für alle - unabhängig davon, aus welchem Land sie kommen!**
*** Nulltarif, als ersten Schritt Wiedereinführung einer Sozialkarte für Arbeitslose und Sozialhilfe-Empfängerlnnnen für 10.- DM!**
*** Tarifgerechte Bezahlung überall! Gleicher Lohn für gleiche Arbeit!**
*** Radikale Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich!**

Am Mi, 21.5.97 um 19.00 Uhr findet eine Veranstaltung des Sozialbündnisses statt, auf der über das neue AFRG, die neuen Sozialhilfekürzungen und das neue Asylbewerberleistungsgesetz informiert werden soll. **Ort: Haus der Demokratie, großer Saal, Friedrichstr. 165, Berlin, U-Bahnhof Französische Str., S-Bahn Friedrichstraße**

Das Bündnis gegen Sozialkürzungen und Ausgrenzung ist ein offenes Bündnis von Gruppen und Einzelpersonen, die sich gemeinsam gegen unsoziale und diskriminierende Politik wehren wollen. Das Bündnis trifft sich 14tägig dienstags um 19 Uhr im Café Krähenfuß, Humboldt-Universität, Unter den Linden 6, 10099 Berlin, Hauptgebäude Ostflügel gegenüber dem Kinosaal. Nächste Termine 13.5., 27.5. und 10.6.97. Tel. 2093-2603.

Wir empfehlen: Erwerbslose, prüft Eure Bescheide genau, denn obwohl die Gesetzeslage schlecht ist, hält das Arbeitsamt mit seinen amtlichen Bescheiden oft noch nicht einmal diese gesetzlichen Bestimmungen ein.

Beratung zu den neuen Änderungen:
BALZ, Berliner Arbeitslosenzentrum, Emdener Str. 5, 10551 Berlin, Tel. 3953638
Pallasladen, Pallasstr. 8/9, 10781 Berlin, Tel. 2166473
Arbeitslosenzentrum Hellersdorf des ALV, Stendaler Str. 61, 12627 Berlin, Tel. 5624071
Arbeitslosenzentrum Marzahn des ALV, Mehrower Allee 28-30, 12687 Berlin, Tel. 9311422
Arbeitslosenzentrum Hohenschönhausen des ALV, Zingster Str. 6, 13051 Berlin, Tel. 9232082
Arbeitslosenzentrum Weißensee des ALV, Schönstr. 34, 13086 Berlin, Tel. 4535528
Arbeitslosenzentrum Prenzlauer Berg des ALV, Paul-Robeson-Str. 10, 10439 Berlin, Tel. 4452095
ÖTV-Erwerbslosenausschuß, Engeldamm 70, 10179 Berlin (nur für Mitglieder)
Frieda Frauenzentrum, Proskauer Str. 7, 10247 Berlin, Tel. 7074820

V.i.S.d.P. Bündnis gegen Sozialkürzungen und Ausgrenzung c/o Refrat der Humboldt-Uni, Unter den Linden 6, 10099 Berlin

KÖNNT IHR DAS BITTE ALS VERANSTALTUNGS-HINWEISE AUFNEHMEN, DANKE

VERANSTALTUNGEN
BUCHLADEN SCHWARZE RISSE

Gneisenaustraße 2a
Berlin, Kreuzberg



23. Mai, 20 Uhr: Veranstaltung zum Buch:
"Handbuch der Kommunikationsguerilla".
Wie helfe ich mir selbst.
mit zwei Vertreterinnen der
autonomen a.f.r.i.k.a. - gruppe,
und **Luther blisset.**

Was tun? Das Subversive in der Kommunikation aufspueren und buend
eln, um
den leiser werdenden Kraeften der Gegenoeffentlichkeit die lautst
arken
Posaunen der Verfremdung und der Ueberidentifizierung an die Seit
e zu
stellen! So werden, wie einst die Mauern von Jericho, die Grundfe
sten der
herrschenden Ordnung alsbald in sich zusammenbrechen. Bleibt die
Aufforderung: Feste blasen!

Die aktuellen Tourdaten

Goettingen, 20.5., Roter Buchladen, Nikolaikirchhof
Hamburg, 21.5., Buchhandlung im Schanzenviertel
Bremen 22.5., Bei missing link Versandbuchhandlung
Berlin, 23.5., Buchladen Schwarze Risse: im Ex (Mehringhof),
Berlin, 30.5./31.5., Benno-Ohnesorg-Kongress
Koeln, 12.6., Anderer Buchladen im Lotta
Essen, 13.6., Zeche Carl
Plauen, 14.6., Infoladen im Schuldenberg
Amsterdam, 16.6., EU-Gipfel
Zuerich, 21.6., Rote Fabrik Shedhalle
Duesseldorf, 3.7., ZAKK
Oberhausen, 4.7., Druckluft
Stuttgart, 8.7., Zentralkultur (Pfarrstrasse)
Muenchen, 18.7., Troepfelbad

(Weitere Termine in den Niederlanden, Oesterreich, Schweiz, BRD u
nd im WWW
sind in Vorbereitung.)

Kontaktadressen:
Verlag Libertaere Assoziation, Lindenallee 72, 20259 Hamburg, Tel
./Fax:
(Dort gibt es Informationen ueber moegliche weitere Veranstaltung
en in der
zweiten Jahreshaelfte)

Kontakt: afrika@contrast.org
Jeweils aktuelle Informationen bietet: http://www.contrast.org/KG

Das Buch zur Tour:
autonome a.f.r.i.k.a.-gruppe/Luther Blissett/Sonja Bruenzels: Han
dbucder
Kommunikationsguerilla.
ISBN 3-922611-64-8 Verlag Libertaere Assoziation - ISBN 3-924737-
38-X
Schwarze Risse/Rote Strasse
240 Seiten, Grossformat, 29.80 DM / 27,50 sFr / 219 oeS
****

Ein heißer Sommer in Amsterdam

Im Vorfeld des EU-Gipfels in Amsterdam (16./17.6.97) finden ständig informelle Gespräche der verschiedenen Minister in Nordwijk, an der niederländischen Küste, statt. Am ersten April-Wochenende trafen sich dort zunächst die Wirtschafts-, dann die Außenminister der verschiedenen europäischen Staaten.

Rund um den Gipfel gibt es bereits einige niederländische linke Gruppierungen, die in unterschiedlicher Art und Weise gegen die herrschende Politik arbeiten. So fand an dem o.g. Wochenende ein informeller Gegengipfel statt. Am Donnerstag wurde in unmittelbarer Nähe ein schon länger leerstehendes Haus speziell für diesen Gegengipfel besetzt. Tagsüber erschien der Bürgermeister der Stadt und machte sich ein Bild von dem neu entstandenen Konferenzort. Er kündigte an, das Haus nicht zu räumen, wenn die BesetzerInnen zusagten, nach dem Wochenende das Haus zu verlassen. Weiterhin wollte er selbst an verschiedenen Workshops teilnehmen. Er kam dann auch am selben Abend noch vorbei und hatte seine Freunde mitgebracht, die in blauer Uniform verkleidet und mit großen Bussen innerhalb von wenigen Minuten das Haus räumten. Es mußte nun ein neuer Ort gefunden werden, in Nordwijk gestaltete sich dies jedoch ziemlich schwer. Im nahegelegenen Leiden wurde dann eine kleine Schule, die schon lang nicht mehr dem ursprünglichen Zweck dient, besetzt. Mit Musik, gutem Essen und Diskussionen z.B. über Ökologie, das Loch in der Demokratie, Fort Europa, Gegenkontrolle, einem Theaterworkshop und einer kleinen Demonstration in Nordwijk wurde das Wochenende in Vorbereitung auf den anstehenden Gipfel verbracht.

Amsterdam wird nun schon „hauptstadtfein" gemacht. Der Dam-Platz, der sich vor dem bis auf wenige Tage im Jahr leerstehenden Palast der Königin befindet, bekommt neue Pflastersteine – es geht das Gerücht, daß diese Steine von unten festgeklebt werden. Besetzte Häuser in der Innenstadt, die in der Nähe der Konferenzorte sind, werden noch schnell geräumt. Und bald wird Amsterdam in mehrere Sicherheitszonen aufgeteilt, wo der Zugang nur mit kurz vor dem Gipfel ausgegebenen Ausweisen möglich sein soll. Für die Niederländer und speziell für Amsterdamer hat dies den Beigeschmack von Überwachung und erinnert an die faschistische Besatzungszeit im II. Weltkrieg. So ist noch fraglich, wie diese Zonen durchgesetzt werden sollen.

und was sonst noch so los ist

Wir sollten die niederländischen Linken nicht alleine lassen und hier vom Ruhrgebiet aus verschiedene Aktionen gegen die Europapolitik der Ausgrenzung planen und uns auf den Weg nach Amsterdam machen.

Bereits unterwegs sind die Euromärsche gegen Arbeitslosigkeit, Armut und soziale Ausbeutung, wovon einer auch durch das Ruhrgebiet verläuft (s.a. Interview in der Nullnummer der MC u. Kalender in dieser Ausgabe).

Macht euch Gedanken, laßt eure Phantasie spielen, und schaut euch in eurer Stadt nach geplanten Aktivitäten und Veranstaltungen zum Anti-EU-Gipfel um.

UNVOLLSTÄNDIGE LISTE DER GEPLANTEN AKTIONEN VOR UND WÄHREND DES EUROGIPFELS

Seit Mitte April marschieren tausende Menschen aus verschiedenen Ländern in Richtung Amsterdam, protestierend gegen die neo-liberale Politik der EU. Die Märsche treffen sich in Amsterdam, wo eine große Demo gegen die EU-Politik stattfinden wird.

11.6. -17.6.: Alternativer Gipfel
„Platform naar een ander Europa", ein Bündnis aus verschiedenen progressiven Organisationen organisiert Diskussionen, Aktionen, Thematage in Form eines alternativen Gipfels mit SprecherInnen aus diversen Ländern. Mit Arbeitsgruppen wie Arbeitslosigkeit, Armut und soziale Ausbeutung, feministisches Europa, Europa und der Süden, ökologisches Europa.

13.6. -15.6.: Chaostage
nach deutschem Vorbild. Punx treffen sich in Amsterdam, um die Stadt auf den Kopf zu stellen

12.6. -13.6.: Konferenz von „United"
größtes NGO (non-governmental-organisations) Treffen im europäischen Jahr gegen Rassismus. Die Themen sind „Fortress Europe", „Everyday Racism" und „Institutional Racism". SprecherInnen aus diversen Ländern werden nach Amsterdam kommen und ihre Stimmen hören lassen (es wird englisch gesprochen).

14.6.: Demonstration gegen Arbeitslosigkeit, Armut und soziale Ausbeutung

16.6.: Eurorave
Legalize-streetparty gegen die europäische Drogenpolitik „und all die andere Scheiße, die sie für uns geplant haben"

17.6.: Euroblow
massal kiffend die Niederländische Bank ausräuchern – aus Protest gegen die europäische Drogenpolitik

17.6.: Autonome Demonstration zur Niederländischen Bank
wütende Menschen in einem rasenden Aufmarsch zur Niederländischen Bank

Schaffen wir Räume für den Kampf gegen Abschiebungen!

Am 26. 4. 97 hat die Interessengemeinschaft der Flüchtlinge (IZI) mit UnterstützerInnen kurzzeitig die Rote Flora besetzt, um in einem letzten Versuch fortschrittliche bzw. linke Menschen aufzufordern, sich offensiv einzumischen, um die größten Massenabschiebungen in der Geschichte der BRD zu verhindern.

Wer bleiben will, soll bleiben!

Aus dem der Besetzung folgenden Plenum entwickelte sich das **"Aktionsbündnis Praktische Solidarität gegen Abschiebung".**

Ein Vorschlag der Flüchtlinge ist, politisch und materiell Räume zu schaffen, in denen illegalisierte Flüchtlinge sich organisieren, politische Kämpfe entwickeln und Öffentlichkeit schaffen können.
Diesen Vorschlag wollen wir aufgreifen und weiterentwickeln.

Seit dem 1. Mai sind von der Abschiebeaktion allein in Hamburg 12 000, bundesweit fast eine halbe Million Menschen aus dem ehemaligen Jugoslawien betroffen.

Die Duldungen der Menschen werden auf Wochen oder wenige Tage verkürzt, die Arbeitserlaubnis entzogen, der notwendige Antrag auf die für MigrantInnen gekürzte Sozialhilfe begründet dann die Ausreiseverfügung. Im Vorfeld der Abschiebungen wird mit physischem und psychischem Terror ein Vertreibungsdruck erzeugt, damit möglichst viele Flüchtlinge "freiwillig" ausreisen.

Flüchtlingen wird in der BRD systematisch jede legale Lebensperspektive entzogen. Die Vertreibung von Kriegsflüchtlingen stellt jetzt nach der weitestgehenden Abschaffung des Rechts auf Asyl eine weitere Eskalationsstufe des gesamtgesellschaftlichen Rassismus dar. Sondergesetze für Gruppen von Menschen, die hier leben, sind in diesem Land nichts Neues. Ausgrenzung und Entrechtung haben in Deutschland Tradition.

Diese Entwicklung steht in enger Verbindung mit der deutschen Außenpolitik. Ab jetzt morden nicht nur deutsche Waffen und deutsches Geld mit in aller Welt, sondern auch deutsche Soldaten - nicht zuletzt im ehemaligen Jugoslawien.

Wer planvoll Kriege schürt, hat auch kein Interesse, sich mit den Menschen abzugeben, die davor Zuflucht suchen. Im Gegnteil, es wird kalkuliert, daß die Massenabschiebungen die Situation vor Ort weiter destabilisiert.

Die Haltung weiter Teile von Liberalen, Humanitären, ChristInnen und Gewerkschaften bis hinein ins linke Spektrum beschränkt sich darauf, "humanere" Abschiebungen zu fordern. Die angebliche Notwendigkeit dieser Abschiebungen wird von ihnen vorausgesetzt. Damit helfen sie, diese moralisch zu legitimieren und das "Ansehen Deutschlands" zu wahren. Dies treibt die Abschiebungen faktisch voran.

Insgesamt reicht die Haltung der Bevölkerung zu den Abschiebungen von schweigendem Nichtverhalten über breite Zustimmung bis zu tätiger Mithilfe.

Diesen nationalen Konsens im Umgang mit "Nichtdeutschen" wollen wir aufbrechen!

Wir haben uns entschlossen, die Rote Flora zu einem Ort zu machen, der Flüchtlingen für ihren Kampf eine Infrastruktur und solidarische Hilfe bietet.

Wir sehen dies auch als Chance, den Kampf gegn Abschiebung nicht an die Flüchtlinge zu delegieren, sondern ihn gemeinsam zu entwickeln.

Die Aktion der illegalisierten Flüchtlinge, sich ihrer Abschiebung öffentlich zu widersetzen, kombiniert mit unserer unmißverständlichen Aussage, den Kampf gegen Abschiebung nach Kräften zu unterstützen, kann eine starke politische Signalwirkung haben. Die Wirkung wird - ebenso wie der reale Schutz - umso größer sein, je eher es gelingt, die Aktion zu verbreitern.

Die Rote Flora kann zu einem Kristallisationspunkt der Politisierung und praktischen Solidarität werden, von dem aus die Aktion an anderen Orten aufgegriffen werden kann!

Deshalb müssen die Räume in der Flora möglichst schnell konkret werden.
Seit der Besetzung hat sich schon vieles getan. Verschiedene Gruppen und Einzelpersonen beteiligen sich an der Umsetzung dieser Idee in den verschiedenen Arbeitsgruppen, zahlreichen Plena und praktischen Vorarbeiten.

Der Erfolg der Aktion hängt aber stark davon ab, daß der Kreis der Aktiven größer wird!

Unterstützung wird in vielfältiger Form gebraucht.
Gesucht sind v. a. Menschen und Gruppen, die die Aktion zu ihrer eigenen machen! Darüberhinaus helfen aber auch Baustunden, Fahrgelegenheiten, Übersetzungen für die Plena in serbokroatisch, Sachspenden (informiert Euch, was gebraucht wird !) und natürlich Geld.

AG-Termine und Infos gibt es an der *Info-Wand* des Aktionsbündnis in der Flora (Halle vor der VoKü)!

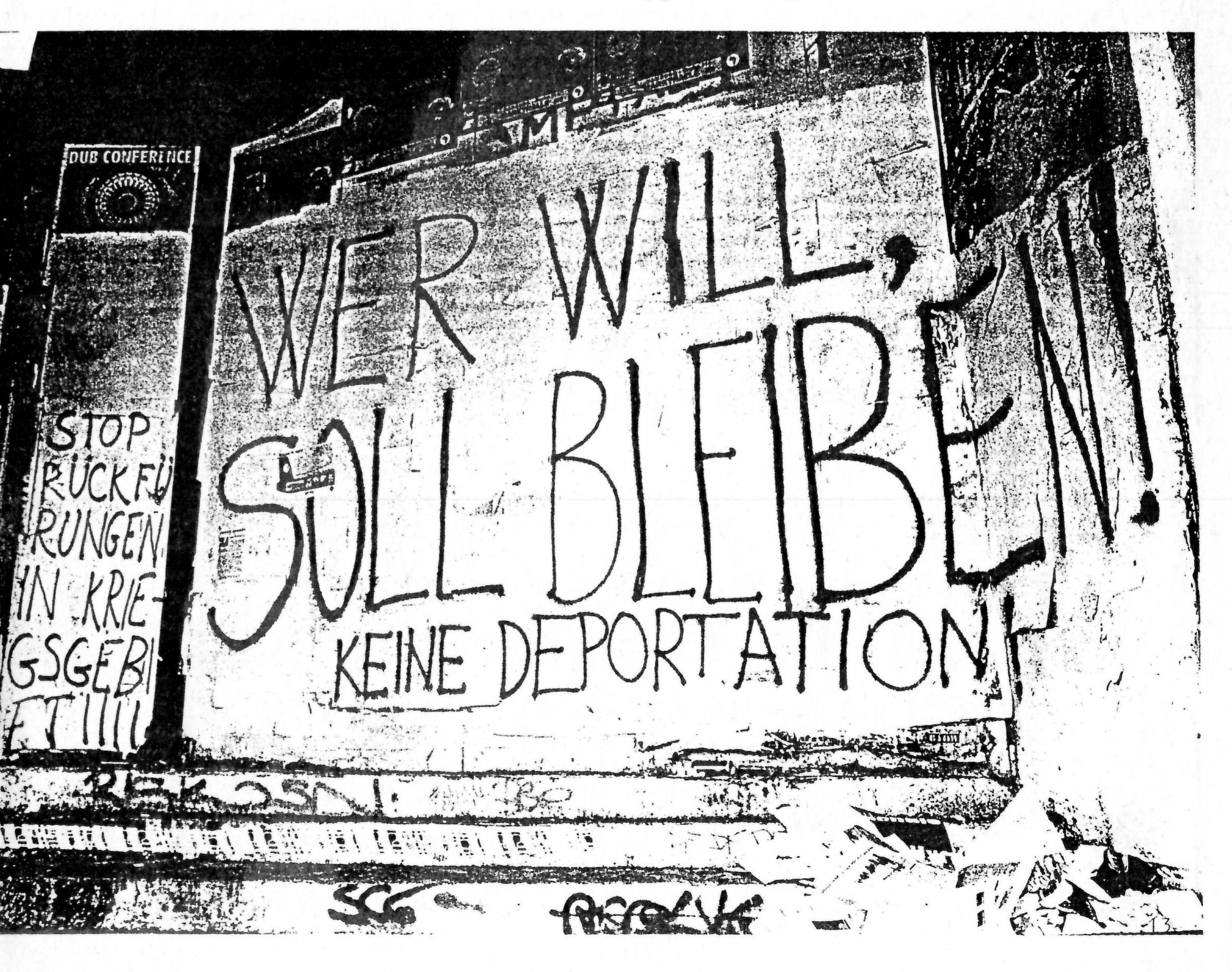
Kommt mit Angeboten, Nachfragen und Ideen!

Offenes Plenum ist jeden Sonntag um 19 Uhr in der Flora!

Es gibt bereits ein *Spendenkonto* (wichtig: bitte alles ausschreiben!):

Hamburger Arbeitskreis Asyl e. V. , Stichwort: FLORA, Postbank Hamburg, BLZ: 200 100 20, Konto-Nr.: 62 1976-209

ViSdP: Aktionsbündnis Praktische Solidarität gegen Abschiebung, 20357 HH




Atlantik
Verlags- und Mediengesellschaft
Jürgen Heiser & Reinhard Seekamp GbR
Elsflether Str. 29 • D-28219 Bremen
Tel. 0421-382535 • Fax 0421-382577

Pressemitteilung

Massive Repressalien gegen unseren Autor Mumia Abu-Jamal im Todestrakt in den USA

Mumia Abu-Jamal ist ein afroamerikanischer Journalist und Schriftsteller. Seit 1981 sitzt er in einer Todeszelle im US-Bundesstaat Pennsylvania wegen eines angeblichen Polizistenmordes ein. Seit Jahren kämpft er mit seinen Anwälten um eine Wiederaufnahme des Verfahrens.
Für den 17.8.95 war seine Hinrichtung vorgesehen, die erst im letzten Moment durch eine große internationale Protestbewegung verhindert wurde, der sich u.a. der ehemalige Bundespräsident v. Weizsäcker anschloß.
1995 erschien auch das erste Buch von Jamal, „Live from Death Row", in der deutschsprachigen Ausgabe unter dem Titel: „... aus der Todeszelle". Die Veröffentlichung hatte damals massive Repressalien gegen den Autor zur Folge. Um den US-Abgeordneten McGeehan zu zitieren: „Ob er einen Polizisten umbringt oder einen Buchvertrag im Gefängnis unterschreibt - für das eine wie das andere wird er büßen!" (ARD-Kulturreport v. 23.4.95)
Im Januar 1997 erschien nun sein zweites Buch „Death Blossoms" (zu deutsch: „Todesblüten") in den USA, in einigen Wochen wird die deutschsprachige Ausgabe aus unserem Verlag der Öffentlichkeit zugänglich sein.

Seit einigen Tagen werden nun massive Repressalien gegen Jamal ausgeübt:
- am 16.2. wird sein Zivilanwalt Jere Krakoff von weitenen Besuchen ausgeschlossen, weil er angeblich nicht auf einer Besucherliste steht, obwohl dieses für Anwälte auch nicht vorgesehen ist und er Jamal schon häufig ohne Probleme aufsuchte;
- Chris Zimmermann, langjähriger Besucher und geistlicher Beistand Jamals aus der christlichen 'Bruderhof Community', wird mit einem generellen Besuchsverbot für alle Gefängnisse Pennsylvanias belegt wegen einer angeblichen „Störung der Anstaltsordnung" (er hatte wenige Sekunden mit einem weiteren Gefangenen gesprochen);
- Anwaltspost wird verbotenerweise geöffnet, zuletzt wurde ein Umschlag mit der Aufschrift „Cop Killer" versehen;
- am 13.2. wird Jamal aufgefordert, binnen 10 Tagen seine 'dreadlocks' abzuschneiden, obwohl er diese seit Jahren aus weltanschaulichen Gründen trägt - einem Recht, das jedem Gefangenen in den USA zusteht.
Schon 1985 folgte auf eine ähnliche Disziplinarmaßnahme gegen Jamal die Anordnung massivster Isolierung, die 7 Jahre anhielt.

Wir sehen in all diesen Maßnahmen Schritte der Gefängnisverwaltung, Jamal von öffentlichen Kontakten zu isolieren, die durch seine erneute Buchveröffentlichung wieder intensiviert sind.
In den nächsten Monaten ist zudem eine Entscheidung des Pennsylvania Supreme Court über das Wiederaufnahmeverfahren zu erwarten. Wir müssen befürchten, daß die jetzt begonnenen Maßnahmen im Vorgriff auf eine eventuell negative Entscheidung des Gerichts zu sehen sind. In diesem Fall ist sofort mit der Unterzeichnung eines neuen Hinrichtungsbefehls durch den Gouverneur zu rechnen. Deshalb soll Jamal schon jetzt von Außenkontakten abgeschnitten werden. Wir sehen sein Leben damit wieder akut in Gefahr.

Erneut ist eine internationale Öffentlichkeit gefordert, das Leben Mumia Abu-Jamals zu retten.

Bremen, den 25.2.1997

Atlantik Verlags- und Mediengesellschaft
Jürgen Heiser u. Reinhard Seekamp

Wie eine neue Community entsteht

Adams Morgan ist ein Stadtteil in Washington,D.C. *). Er ist ungefähr einen Quadratkilometer groß, etwa 30 000 Leute leben hier. Es ist keine studentische Wohngegend. Im wesentlichen sind drei ethnische Gruppen vertreten, die soziale Zusammensetzung ist gemischt. Die Verlegerin der Washington Post wohnt genauso hier wie Frauen, die von der Sozialfürsorge leben. Der größte Teil der spanisch sprechenden Bevölkerung von Washington lebt hier – es gibt eine Straße, in der sich ein Emigrantengeschäft an das andere reiht. – Adams Morgan liegt am Rande des Geschäfts- und Verwaltungszentrums von Washington. Dieses Zentrum hat sich im Laufe der Jahre immer weiter ausgedehnt, hat erst einzelne Häuserblocks, dann ganze Straßenzüge aufgesaugt. Der Grundstückspreis ist hier inzwischen mit der teuerste von ganz Washington.

Bis spät in die vierziger Jahre war Adams Morgan fast ausschließlich von Weißen bewohnt, im Durchschnitt upperclass-Leute. Doch Anfang der fünfziger Jahre begann der große Exodus in die Vorstädte: schon zehn Jahre später gab es im Zentrum der Stadt und in den unmittelbar angrenzenden Stadtteilen so gut wie keine Weißen mehr; wer geblieben war, war entweder mutig, oder zu faul umzuziehen, oder arm. Die Washingtoner Stadtverwaltung – die von drei durch den Präsidenten eingesetzten Bevollmächtigten, in der Regel ehemalige Militärs, geleitet wurde – beschloß, Adams Morgan zum Sanierungsgebiet zu erklären.

Sofort erhob sich Widerstand gegen diesen Plan. Die Bewohner organisierten sich in Gruppen, die nach Häuserblocks aufgeteilt waren. Der erste Schritt war die Erstellung eines alternativen Entwicklungsplans für den Stadtteil: zur Verbesserung des Zusammenhangs unter den Leuten und zur Verbesserung der sogenannten Infrastruktur. Als der Plan nach monatelangen Diskussionen ausgereift und niedergelegt war, wandten sich die Leute damit an das *House of Representatives*; sie gingen direkt zum Vorsitzenden des *District Commitee*. Man muß dazu anmerken: es war erst ein paar Jahre her, daß es den Schwarzen in Washington erlaubt war, in denselben Restaurants wie die Weißen zu essen; und das bedeutete nicht viel: der Rassismus war immer noch weithin ungebrochen. Es ist daher nicht weiter erstaunlich, daß die Bewohner von Adams Morgan schon nach zwei Minuten aus dem Büro des Vorsitzenden wieder herausflogen.

Sanierung – das klingt neutral. Was verbirgt sich dahinter? Die Stadtverwaltung kommt zu der Ansicht, der oder der Stadtteil, die oder jene Community sei so verarmt, daß sie keine Existenzberechtigung mehr habe. Jetzt setzt der Prozeß der gezielten Verelendung und Verslumung ein. Es wird nichts mehr investiert, die Hausbesitzer tun nichts mehr für die Renovierung der Häuser, alles verrottet. Alle warten darauf, daß die Regierung eingreift oder für Entschädigung sorgt. Doch nichts passiert, im Gegenteil: es wird noch schlimmer. Die Häuser verfallen immer mehr, die Leute beginnen abzuwandern. Verlassene und mit Brettern vernagelte Häuser bestimmen immer mehr das Straßenbild.

Im Falle von Adams Morgan konnte der städtische Sanierungsplan aufgehalten werden – durch den Widerstand der Bewohner, und weil die Stadt selbst ihren Plan nicht entschlossen genug durchzog. Aber eine Veränderung gab es allerdings: Mitte der sechziger Jahre war Adams Morgan ein Slum-Gebiet.

Das bedeutet freilich nicht, daß es keine Community-Zusammenhänge mehr gegeben hätte. Aber der Zusammenhalt unter den Leuten hatte sich ungemein verschlechert, es war z.B. nicht mehr ungefährlich, nachts über die Straßen zu gehen. Die Kriminalitätsrate war inzwischen mit die höchste in ganz Washington. Nach den Unruhen von 1968 ging es ökonomisch immer weiter bergab, die meisten Betriebe und Geschäfte zogen weg; an der Hauptstraße von Adams Morgan wechselten sich Gebrauchtwarenläden mit Kneipen und Kaschemmen ab. 1970 wurde das Ambassador-Theater, das im Herzen von Adams Morgan am Kreuzungspunkt von vier großen Straßen stand, niedergerissen – es blieb nichts als ein häßliches, klaffendes Loch.

Seit Mitte der sechziger Jahre aber faßte die Gegenkultur im südlichen Teil von Adams Morgan Fuß. Dieser Teil von Adams Morgan heißt Dupont Circle. Und diese Leute, die jetzt zuwanderten, waren keine Studenten; sie waren jung und kamen aus der Protestbewegung der sechziger Jahre. Diese alternative Community war etwas Neues und Fremdes in Washington – denn keiner arbeitete für die Regierung. Washington ist durch und durch Regierungsstadt: alle arbeiten für die Regierung, direkt oder indirekt. Ein anderes Gewerbe hat sich hier nie entwickeln können, mit Ausnahme des Immobiliengeschäfts. Wir aber hatten nichts damit zu tun. Wir lebten in einer Hauptstadt, die überall im Land wegen der verbrecherischen Politik der Regierung in Indochina verhaßt war. Dauernd kamen die Leute nach Washington, um gegen diese Politik zu demonstrieren. Wir lernten immer wieder neue Leute kennen, viele blieben für eine Weile, die scene veränderte sich ständig. Um Leute kennenzulernen, mußten wir damals nicht viel herumreisen: wir blieben zu Hause, denn die Subkultur-Leute kamen zu uns. Washington war ein Zentrum der Bewegung.

Zur gleichen Zeit entstand im Norden von Adams Morgan eine andere Bewegung:die Leute kämpften für die kommunitäre Selbstverwaltung der Volksschulen. Zwei Häuserblocks voneinander entfernt lagen zwei Volksschulen; sie hießen Adams und Morgan. Mitte der fünfziger Jahre waren sie die ersten Schulen in Washington, in denen die Rassentrennung aufgehoben wurde. Jetzt, gegen Ende der sechziger Jahre meldete sich die Bevölkerung wieder zu Wort: sie forderten, bei der Gestaltung der Schulen und des Unterrichts beteiligt zu werden. Nach einem langen Kampf erklärte sich die *Board of Education* einverstanden. Eine der beiden Schulen wurde vollständig der kommunitären Selbstverwaltung übergeben; der anderen Schule wurden nur beschränkte Selbstverwaltungsrechte zugestanden. Aber bald danach kam es wieder zum Kampf. Das *Antioch College* wurde aufgefordert, sich an der Ausarbeitung eines neuen Schulmodells zu beteiligen; das College lehnte ab. Die Leute waren verwirrt, in den Schulen begann sich das Chaos auszubreiten, und das erzeugte die Gegentendenz: den Ruf nach mehr Disziplin und strenger Reglementierung. Aber dennoch: man gründete eine *Community Board* und schaffte es, den Schulen einen gewissen Zusammenhalt und eine Perspektive zu geben. Anfang der siebziger Jahre war das Schlimmste überstanden, die Dinge entwickelten sich jetzt hoffnungsvoll.

Im südlichen Teil von Adams Morgan war das Büro des *Institute for Policy Studies* (Institut für politische Studien). Es befand sich in einem schäbigen Gebäude, ganz in der

Nähe des Dupont Circle. Gegründet wurde dieses Institut von ehemaligen Mitarbeitern der Kennedy-Administration, die – durch Kennedys Aufrüstungspolitik enttäuscht und ernüchtert – abgesprungen waren. Zu Anfang sahen sie ihre Aufgabe darin, ihre ehemaligen Kollegen, die noch in Regierungsbehörden arbeiten, aufzuklären: sie wollten sie von der Schädlichkeit eines politischen Denkens überzeugen, das seit den Zeiten McCarthys in allen Liberalen und unabhängigen Leuten Verräter sah. Aber sie erreichten nichts; auf Kennedy folgte Johnson und der Vietnam-Krieg wurde von den USA noch weiter eskaliert. Das *Institut for Policy Studies* sah jetzt keinen großen Sinn mehr darin, auf die verantwortlichen Politiker des Landes einzuwirken. Man wandte sich einem anderen Projekt zu. Es funktionierte ganz einfach: man gab den Leuten 50 Dollar für eine Woche und sie sollten tun, wozu sie Lust haben. (Das Institut wurde vom Staat getragen, es verfügte daher über große finanzielle Mittel). Es kamen Leute aus der Bürgerrechtsbewegung und aus der Anti-Kriegs-Bewegung: hier war ein Ort, um wieder Luft zu schnappen, um einmal aus der Hektik der Bewegung herauszuspringen und innezuhalten, um über sich selbst und die Zukunft der Bewegung nachzudenken. Oder es kamen auch Studenten, die ihr Studentendasein nicht mehr aushielten, die nicht mehr studieren wollten und konnten, die Aktion und politische Praxis für wichtiger hielten; für sie war das Institut ein Bezugspunkt.

Das Institut wuchs und wurde im Laufe der Zeit regelrecht zu einem Finanzierungsinstrument für alternative Projekte. Seine Mitarbeiter lebten meist in unmittelbarer Nähe im Stadtteil und beteiligten sich an den Aktivitäten der Community. Wenn irgendeine Gruppe 1000 Dollar für ein neues Projekt brauchte, konnte sie auf die Unterstützung des Instituts rechnen. Das war aber nicht die einzige „Dienstleistung", die das Institut zu bieten hatte. Es war außerdem ein Ort, der für politische Diskussionen zur Verfügung gestellt wurde und der sozusagen zum Umschlagplatz für Diskussionen und Informationen wurde; er wurde ein Treffpunkt reisender politischer Aktivisten. Regelmäßig fanden Seminare über die aktuellen politischen Probleme der Bewegung statt; aus den ganzen Staaten kamen die Leute dazu angetrampt – einige kamen sogar aus dem Ausland.

Je weiter sich die Aktivitäten der Community entwickelten, je mehr Initiativen entstanden, desto geringer wurde die Unterstützung durch das Institut; auch die Zahl der Besucher, die über ihre Aktivitäten berichten und diskutieren wollten, nahm zu Anfang der siebziger Jahre ab. Aber inzwischen war schon längst der Stadtteil selbst zum Sammelpunkt und zur Attraktion geworden: wer diskutieren oder sich informieren wollte, der brauchte jetzt keine Seminare und keine Informationsaushänge am Institut mehr. Schon ein paar Jahre später wußte kaum einer aus den vielen Initiativen mehr, welche bedeutende Rolle zu Anfang das Institut gespielt hatte; etliche der führenden Aktivisten ließen freilich nie ganz die Beziehung dahin abbrechen.

Damals noch gab es nur wenige Beziehungen zwischen den alten Einwohnern des Stadtteils und der neu zugezogenen Community aus Gegenkultur und Politik. Als aber die Gegenkultur-Szene größer wurde und gleichzeitig vom Süden des Stadtteils her die Sanierung begann, zogen viele aus der Gegenkultur-Szene in den Norden des Stadtteils, wo die alten Einwohner des Stadtteils lebten. Die Bauweise der Häuser in Adams Morgan (wie in etlichen anderen Stadtteilen von Washington auch) war für Kommunen und Wohngemeinschaften wie geschaffen, und diese Lebensweise war sehr attraktiv: die Ausgaben für das tägliche Leben wurden geringer, vor allem aber bedeutete der Lebenszusammenhang in der Kommune eine große psychische Hilfe (im amerikanischen Original: *„. . . and in addition gain the psychic income that makes cooperative living such a bonus."*) Ende der sechziger Jahre entstanden ungefähr 20 Kommunen: sie gaben bald eine Art Zeitung heraus. Und Anfang der siebziger Jahre gab es schon über 100 Wohngemeinschaften – in einem Gebiet von ungefähr 20 Häuserblocks! Wir wohnten ungeheuer dicht aufeinander und das war sehr schön und auch nützlich. Es waren nur ein paar Schritte bis zu den Läden, wo wir einkauften; wenn wir zu Demonstrationen, zu Versammlungen oder ganz einfach in den Park gingen – immer waren es nur ein paar Schritte und immer traf man Bekannte. Wir entwickelten ein ungeheures Zusammengehörigkeitsgefühl.

Die Wohngemeinschaften schufen ein kritisches Potential im Stadtteil und wirkten als Katalysator für etliche alternative Projekte. Ein Beispiel: eines Tages fuhr Michael Schreiber, ein Bewohner von Adams Morgan, mit dem Motorrad durch einen anderen Stadtteil und entdeckte dabei zufällig eine Bäckerei, die sehr frisches und sehr gutes Brot verkaufte. Er kaufte sofort ein dutzend Laib Brot für die Wohngemeinschaften in seiner Nähe. Eine Woche später kaufte er wieder ein – diesmal aber schon mit einem Auftragszettel der verschiedenen Wohnungen. Und so entstand kurze Zeit später eine Art Brot-Coop; es wurden bald mehrere und nicht nur Brot wurde jetzt eingekauft. Ein anderes Beispiel: ein Arzt namens Steven Brown versuchte mehrere Wohngemeinschaften für den Plan zu gewinnen, ein eigenes Krankenversicherungssystem aufzubauen, wobei jeder selbst die Höhe seiner Beiträge festlegen sollte. Das Projekt scheiterte, aber es entstand etwas anderes daraus: die *Washington Free Clinic*, die nicht nur für die Scene da sein sollte. Und andere Projekte wurden realisiert: eine Stadtteilzeitung wurde herausgegeben, mehrere Tagesstätten für Kinder wurden errichtet usw. Einige dieser Projekte gingen schnell wieder ein, andere aber konnten sich behaupten, gewannen Kontinuität und wurden gebraucht.

Aus der Community entstanden immer weitere Institutionen, die so etwas wie Dienstleistungen für die Bewohner anboten.

Es entstanden freie Universitäten, free clinics, Vermittlungs- und Informationsbüros, aber auch Gruppen, die sich politisch betätigten. Coop-Gruppen schossen wie Pilze aus dem Boden – bald waren es schon so viele, daß sie nach Häuserblocks organisiert wurden: jeder Häuserblock eine Nahrungsmittel-Coop. 1973 wurde der erste alternative Lebensmittelladen, *Stone Soup* genannt, eröffnet. Er war als Kooperative der dort Arbeitenden, nicht als Konsumenten-Kooperative gedacht. Denjenigen, die dort full time gegen Bezahlung arbeiteten, gehörte der Laden: sie betrieben ihn, sie auch hatten alle Entscheidungen zu treffen. Schon 6 Monate nach seiner Eröffnung hatte dieser Laden das Leben in der Community verändert. Es war kein Hippie-Laden, im Gegenteil, er war sehr seriös aufgezogen. Der Laden basierte nicht auf freiwilliger Mitarbeit, sondern wurde professionell betrieben. Alle, die dort arbeiteten, trafen sich einmal die Woche zu einer Art politischen Schulung (im Original: *„undertook political studies"*). Bald nach Eröffnung dieses ersten Ladens fand Steve Clark, der Initiator des Projekts, zwei Häuserblocks entfernt einen größeren Laden; und er fand Leute, die bereit waren, ihn zu betreiben: es entstand der Laden *Fields of Plenty* (Felder des Überflusses). Wenig später folgte ihm das *Community Warehouse*. Es war eine Zeit euphorischen Wachstums: die Leute waren verblüfft und überwältigt, daß sie wirklich in der Lage waren, die Lebensmittelversorgung in die eigenen Hände zu nehmen. Das *Community Warehouse* diente als Lager für die beiden Läden: von hier aus wurde in großen Mengen eingekauft, um die Zwischenhandelsrabatte zu bekommen (ganz ähnlich war es vorher bei den kleineren Coops gewesen: auch sie kauften verbilligt ein). Schließlich wurde auch ein Transport-Kollektiv gebildet: sie fuhren die Güter aus (in die beiden Läden, aber auch zu einzelnen) und sie fuhren zu Großeinkäufen, erst nach Baltimore, später zum *Cooperative Warehouse* in New Jersey.

Der nächste Schritt war die Gründung der *Washington Food Federation.* Sie hatte die Aufgabe, all diese Aktivitäten zu koordinieren. Die einzelne Gruppe behielt dabei ihre Unabhängigkeit und Autonomie. Jedes Kollektiv entsandte einen Delegierten in dieses Gremium. In der *Washington Food Federation* wurden allgemeinere Diskussionen über die Perspektiven dieser Initiativen geführt. Aber sie hatte auch ganz praktische Funktionen: sie beriet z.B. bei Kreditfragen oder bei Problemen des Einkaufs; außerdem fing sie allmählich an, Kontakte zu Farmern in der Umgebung zu knüpfen.

Inzwischen gab es genügend Leute, die an dieser Form der Lebensmittelversorgung interessiert waren. So ging man an weitere Projekte. Zwei Leute fingen an, Erdnußbutter zu produzieren; sie benutzten dazu eine einfache Mühle, die bei ihnen in der Wohnung stand. (In der Stadtteilzeitung *Daily Rag* wurde daraufhin eine sehr intensive Diskussion darüber geführt, ob Erdnußbutter ein gesundes Nahrungsmittel sei oder nicht. Auf jeden Fall: es gab Beschv den und die Hersteller verwandten seitdem hochwertigere Erdnüsse; sie nannten ihr Produkt jetzt *Apocalytic peanut butter* — und die Beschwerden hörten tatsächlich auf). Daneben entstand eine Bäckerei, die nur von Frauen betrieben wurde — sie war bald im ganzen Stadtteil bekannt für ihre guten Produkte. Schließlich gab es das *Institute for Local Self-Reliance* (etwa: Institut für lokale Autarkie): dort wurden große Mengen von Mung-, Luzernen- und Linsenkeimen gezüchtet; sie wurden dann an die Läden im Stadtteil und anderswo verkauft.

Der Erfolg all dieser Initiativen war verblüffend: eine ganze Community versuchte, ihr Leben außerhalb des gängigen Markts zu organisieren — und war schon 1975 tatsächlich in der Lage, 120 Leute zu beschäftigen, die eine Brutto-Lohnsumme von immerhin 4 Millionen Dollar bekamen. Und es kamen immer neue Projekte hinzu, z.B. Druckerkollektive und Kleiderbetriebe. Die ausgezahlten Löhne waren niedrig; die Leute wurden älter, es kamen Kinder, der Lebensstil veränderte sich dadurch, wurde geordneter; so entstanden neue Probleme: es ging um die allmähliche Angleichung der Einkommen und um die finanzielle Sicherheit auch dann, wenn man älter wird. Die Community-Zusammenhänge sollten auf Dauer tragfähig werden. Der nördliche Teil von Adams Morgan war im Laufe der Jahre zunehmend von Leuten aus der Gegenkultur-Scene bevölkert worden; und diese Leute wollten hier bleiben. Schon ein paar Jahre vorher hatten die Leute sich eine eigene Verwaltung gegeben, die *Adams Morgan Organization* — die erste tatsächlich gewählte Vertretung in ganz Washington. In der Stadt hatte es nie gewählte Vertreter gegeben — und jetzt gab es auf einmal einen Stadtteil, dessen Bewohner sich selbständig und autonom organisierten: nach monatelangen Diskussionen beschloß man, den Stadtteil in fünf autonome Communities zu unterteilen; jede Community war mit bestimmten Aufgaben betraut. Die *Adams Morgan Organization* hatte keine wirkliche Macht, war die ganzen nächsten Jahre nicht mehr als eine Fiktion und sie besaß nur imaginäre Macht. Aber sie stärkte den Zusammenhalt unter den Leuten, machte sie langfristig handlungsfähig. Und im Laufe der Jahre änderte sich tatsächlich etwas: je mehr Bevölkerungsschichten hinzuzogen und sich in die Angelegenheiten der Communities einmischten, desto mehr entwickelte sich tatsächlicher Einfluß: die Stadtverwaltung konnte sich nicht mehr einfach über die Leute von Adams Morgan hinwegsetzen. Im Gegenteil: die Communities dort verstanden es so gut, ihre Interessen zu vertreten und durchzusetzen, daß sie sich oft genug den Ärger und die Wut der Schichten und Stadtteile zuzogen, die nicht organisiert auftraten und denen es ohnehin viel schlechter ging.

1975 besaß Adams Morgan ein eigenes Nahrungsmittelversorgungs-System, ein eigenes Verteilungsssystem und Ansätze einer eigenen Produktion. Zudem gab es eine selbstgewählte, den Leuten verantwortliche Verwaltung. Die Leute waren sich ihrer Kraft und ihrer Bedeutung bewußt geworden. In dem Maße aber, wie Adams Morgan für seine Bewohner immer attraktiver wurde, wurde es auch für die Geschäftswelt interessant, die hier Morgenluft für sich witterte. Nun gibt es in Washington aber außer der Regierung nur ein entwickeltes Gewerbe: das Immobiliengeschäft. Und die Immobilienunternehmen versuchten, in Adams Morgan einzusteigen. Schon zu Anfang der siebziger Jahre wurde Adams Morgan für die Spekulanten aus einer Reihe von Gründen interessant. Es lag nicht weit vom Stadtzentrum und das Stadtzentrum wanderte langsam nach Norden. Der Immobilienmarkt stellte sich sofort darauf ein: die Preise schnellten in die Höhe. Die Kosten für Neubauten stiegen in astronomische Höhen: das Geld war zwar zu beschaffen, die Zinsen für aufgenommenes Geld aber ungeheuer hoch. Der Neubau eines Wohnhauses in den Vorstädten von Washington kostete 1975 im Durchschnitt 65 000 Dollar. Und die Energiekrise trieb später die Preise noch weiter in die Höhe.

Die Spekulation ist überall in Washington eine übliche Methode. In einer Untersuchung wurde festgestellt, daß 40% des Grundbesitzes innerhalb von sechs Monaten nach dem Kauf wieder den Besitzer wechselt. In Adams Morgan sah es noch schlimmer aus. Ganze Häuserblocks wurden von großen Spekulationsunternehmen aufgekauft; es sollten dort teure Neubauten entstehen. Viele Bewohner von Adams Morgan waren durch die Sanierung aus dem Stadtzentrum hierher vertrieben worden; jetzt waren sie schon wieder von Spekulation und Vertreibung bedroht. Doch die Leute wehrten sich. Über ihren gewählten Vertreter in der Stadtverwaltung setzten sie alle Hebel in Bewegung; es ging ihnen vor allem um die gesetzlichen Bestimmungen zur Mietkontrolle und um das verankerte Mitentscheidungsrecht der Bewohner. Beide Bestimmungen waren von der US-Regierung erlassen worden: sie begründeten eine gewisse Unabhängigkeit von Washington. Das war natürlich nur ein taktischer Schachzug: die bislang eingesetzten Regierungsvertreter waren im Hinblick auf künftige Wahlen auf Stimmenfang. Die Bewohner von Adams Morgan schlossen sich jetzt mit mehreren andern Stadtteilen zusammen. Und sie schlugen eine neue Spekulationssteuer vor: der neuerliche Transfer von Grundbesitz kurz nach dem Kauf sollte hoch besteuert werden. Außerdem diskutierte man über einen eigenen Fond der Community, mit dem Grundbesitz angekauft werden sollte.

Die Situation spitzte sich inzwischen immer weiter zu. Auch die Gegenkultur-Szene und die Leute, die in politischen Initiativen der Community arbeiteten, sollten aus ihren Wohnungen vertrieben werden. Bisher waren hauptsächlich Weiße betroffen gewesen. Für viele farbige Bewohner aber war die Entwicklung der alternativen Ökonomie ohnehin zur Bedrohung geworden: sie bedeutete den Zuzug von relativ reichen Leuten, die in der Lage waren, höhere Mieten zu zahlen und Eigentum zu erwerben.

Jetzt gewann daher das Konzept der ökonomischen Unabhängigkeit des ganzen Stadtteils an Bedeutung. Ende 73 war das *Institute for Local Self-Reliance* gegründet worden. Es arbeitete an dem Konzept einer Community als autonomer Einheit und versuchte, die lokalen Bedingungen zu schaffen, um dieses Projekt anzugehen. Unterstützt von Leuten, die schon in der Community gearbeitet hatten, wurden die nächsten Schritte unternommen. Beispiele: David Morris beschäftigte sich mit der Frage der Energie-Versorgung: er untersuchte die Möglichkeiten der Sonnenenergie und kam zu dem Schluß, daß die Energieversorgung schon in naher Zukunft auf diese Weise gesichert werden könne. Neil Seldman untersuchte das Problem der Verschwendung und des nutzlosen Verbrauchs: er fand heraus, daß die meisten Verluste durch Achtsamkeit der Community verhindert werden können und man den Rest zur Energie-Gewinnung und Wiederverwendung gebrauchen könnte. Gil Friend züch-

tete Tomaten auf Dächern; er benutzte als Ersatz für Erde eine Masse, die nur 2% des Gewichts von normalem Boden hatte; somit wurde es möglich, auch auf den Dächern gewöhnlicher Wohnhäuser in großem Maßstab Gemüse zu züchten. Mike Connor machte großangelegte Versuche mit dem Kompostieren und produzierte wöchentlich mehr als 200 Pfund Kompost; er wollte herausfinden, ob Kompost Ratten und Hunde anzieht — Ergebnis: er zieht sie nicht an. David Morris und Mike Connor versuchten, in großem Maßstab Pilze zu züchten; der Versuch mißlang. Stattdessen gingen Jim Taylor und Mike Connor an ein anderes Projekt: die züchteten Keime aller möglichen Pflanzen — erfolgreich. Bill Batko stellte seine Fähigkeiten im Programmieren von Computern und in Systemanalyse zur Verfügung: er kümmerte sich um die Finanzen erst der Coop-Nahrungsmittelläden, dann der Community insgesamt und schließlich der ganzen Stadt. Zusammen mit der Stadtverwaltung arbeitet er an einem Plan einer stadteigenen Bank; sie soll eine Zentrale und mehrere Filialen in den Stadtteilen haben, entsprechend den Communities. Diese Filialen sollen einen autonomen Status haben, ihre „Kunden" sollen das Entscheidungsrecht darüber haben, wofür das Geld investiert wird und an wen Kredite gegeben werden. Patti Connor machte eine detaillierte Untersuchung über die Nahrungsmittelläden in der Community: sie verglich die an Ketten angeschlossenen Läden mit denen, die im Besitz der dort Arbeitenden sind; die Untersuchung hatte das Ziel, herauszufinden, welches die effektivste Methode der Lebensmittelversorgung ist. — All das waren Versuche und Initiativen, die auf eine Art begrenzter Autarkie der Community zielten; der Stadtteil sollte für Spekulanten, die Regierung, das Business überhaupt weniger angreifbar werden.



besetzerInnen-update kiel-gaarden

am 29.4. um halb sechs morgens früh kam das grauen. personalisiert in rd. 100 bullenfratzen aus kiel und eutin. nach genau einem monat und einer stunde besetzungszeit beendeten sie zunächst den betrieb des selbstverwalteten juz karlstal 34a. der (privat-)besitzer hatte bereits einige tage zuvor anzeige erstattet und sämtliche verhandlungslinien hatten sich als schaumschlägerei erwiesen. selbst zum zeitpunkt der räumung hätte noch ein gespräch angestanden mit dem polizeichef von kiel (der typ heißt pistol!!). leere grüne versprechungen, sozialdemokratische lügen von mangelnder kompetenz, eine örtliche tageszeitung (kieler nachrichten) die mit nem kommentar zur besetzung einen tag vor der ratsversammlung politik gegen uns macht, nachdem sie uns vorher zu ignorieren versucht hat.

all das hätten wir vorher erwarten können. viele falsche hoffnungen wären uns erspart geblieben. aber wir lernen. und egal was war: es gab einen monat ein zentrum hier. von uns selbst genommen und betrieben. frischer wind blies durch die stadt (nicht zuletzt auch durch die linxradikale szene). viele menschen lernten sich kennen, lernten selbst zu tun, lernten was richtig gemacht zu haben.
diese menschen werden sich (hoffentlich) nicht wieder zersplittern lassen, werden sich nicht wieder voneinander zurückziehen. wir werden weiterhin um ein soziales politisches juz nach unsern vorstellungen kämpfen. und jetzt wissen wir, daß wir auch an andern punkten gemeinsam anknüpfen können.

am voraussichtlich 24.5. wird es jetzt erstmal eine große party geben (damit der frust nämlich nicht dominiert)! wie's mit verhandlungen weitergeht (und ob überhaupt) ist zur zeit unsicher. angeblich sollen wir eine bald leerwerdende sdhule angeboten bekommen. im moment aber weigert sich die stadt mit uns zu reden, da wir im rathaus nen pförtner angegriffen haben sollen (hat in wirklichkeit einem von uns ins gesicht geschlagen).

eigentlich alles nicht so wichtig. auf daß wir nie nen reinen freiraumskampf führen werden! tote nischen, die vielleicht grad noch als linkenabm dienen gibt's genug.

unsere perspektive sollte irgendwann mal wieder revolution heißen!

einer außem haus (abgestimmt).

Liebe Antifas!

An erster Stelle erst einmal Danke für eure Unterstützung der antifaschistischen Aktionen am 1. Mai. Zwar fand der zentrale Nazi-Aufmarsch in Leipzig aufgrund der Verbotsverfügung nicht statt. dieses wäre aber sicherlich nicht aufrecht erhalten worden, hätte nicht die Mobilisierung im autonomen Antifa-Spektrum eine so große Ressonanz gefunden. Wir wissen, daß eine Reihe von Gruppen aus dem gesamten Bundesgebiet auf dem Weg nach Leipzig waren. Viele landeten in Polizeisperren oder konnten aufgrund der konfusen Sachlage am 1. Mai nicht gerade erfolgreich agieren. Es gab aber auch einige Gruppen, denen es gelang, aktiven Widerstand gegen "kleinere" Nazi-Ansammlungen zu leisten, wie das Beispiel Hann.-Münden eindrucksvoll zeigte. Im Folgenden werden wir eine kleine Einschätzung der Ereignisse um den 1. Mai versuchen. Dabei gibt es natürlich auch auf unserer Seite noch eine Menge Unklarheiten und Spekulationen. Wir würden uns deshalb generell über ein Feedback von euch freuen. Wie schätzt ihr den gescheiterten Aufmarsch der Nazis ein? War es wirklich ein riesiger Mißerfolg? Folgt daraus jetzt wieder ein stärkere Distanzierung der NS-Szene von den NPD/JN-Strukturen? Wie ist die Antifa-Mobilisierung zu bewerten? War es falsch, so lange auf Leipzig und später auf andere Ost-Städte als zentrale Aufmarschorte der Nazis zu setzen? Welche Konsequenzen folgen daraus für vergleichbare Ereignisse? ...Schreibt an uns oder publiziert eure Standpunkte in den gängigen Antifa-Zeitschriften oder vielleicht im Rahmen der Antifa-Seite der Tageszeitung junge Welt.

Informatives und org.-techn. Einschätzung:

Die Bestätigung der zweiten Verbotsverfügung durch das Oberverwaltungsgericht in Bautzen am späten Nachmittag des 30.4. sorgte auch auf unserer Seite für Überraschung und einige Konfusion. Nach der Aufhebung des ersten von der Stadt verhängten Aufmarsch-Verbots sahen wir uns in der Meinung bestätigt, daß es kaum juristische Gründe gab, den Aufmarsch einer formalrechtlich abgesicherten Partei zu verbieten. Verstärkt forderten wir dazu auf, nach Leipzig zu kommen, um den Aufmarsch aktiv zu verhindern. Nach der erneuten Verbotsverfügung und deren Bestätigung durch das Oberverwaltungsgericht Bautzen am Nachmittag des 30.4. stand für uns fest, daß den Nazis jetzt nichts anderes übrig bliebe, als einen halbwegs adäquaten Ausweichort zu finden. Nach der angestrebten politischen Stoßrichtung der NPD/JN konnte dies nur eine größere Stadt im Osten sein. Einige Infos deuteten auf Chemnitz hin. Dort gab es am Vorabend des 1. Mai eine Krisensitzung der Polizei und viele Nazis aus der Region hielten sich bereits in der Stadt auf. Auch der Schleusungspunkt für die Nazis. Bad Hersfeld (hier meldeten sie auch eine Demo an, die allerdings ebenfalls verboten wurde), hätte für Städte entlang der A9 im Osten sprechen können. Diese Info wurde sowohl beim Delegiertentreffen am 30.4. als auch über die Infotelefone verbreitet. Gruppen von außerhalb konnten so selbstständig entscheiden, ob sie überhaupt nach Leipzig kommen. Antifas aus Leipzig und einige bereits in der Stadt anwesende Gruppen bereiteten sich darauf vor, am Morgen den Nazis hinterherzufahren. Die Info, daß sich eine relativ große Anzahl von Nazis Richtung Kassel bewegt und dann in Hann.-Münden marschiert, kam aber für die meisten Gruppen zu spät. Es war für viele aussichtslos, da noch ranzukommen, zumal bei Eisenach die Polzei die Autobahn dicht gemacht hatte. Für Verwunderung sorgten die "Ost-Faschos". Sie blieben im Laufe des 1. Mai weitgehend verschluckt. Es wurden kaum größere Konvois gesichtet. Es gab allerdings einen "spontanen" Aufmarsch von ungefähr 200 Nazis in Grimma, einer Stadt in der Nähe von Wurzen und Leipzig. Hier versammelten sich nach ersten Informationen überwiegend Faschos aus der Muldentalregion. Sicher ist, daß die NPD aus Torgau-Oschatz an diesem Aufmarsch federführend beteiligt war. Die Poizei griff nicht ein. es gab wahrscheinlich sogar Absprachen mit den (örtlichen?) Behörden, die den "Spontanaufmarsch" ermöglichten (siehe auch Artikel in der LVZ-Grimma, 2.5.). Die ersten Meldungen von dieser Aktion hat die Infogruppe zu spät ernst genommen, da vermutet wurde, daß die Faschos von dort aus versuchen, nach Leipzig hinein zu kommen. Dadurch wurde eine wirksame Gegenwehr unmöglich gemacht. In Hann.-Münden marschierten, wie sicherlich bekannt, ebenfalls am frühen Vormittag an die 300 Nazis, überwiegend aus dem Westen, die über den Schleusungspunkt Bad Hersfeld in den Großraum Frankfurt/Main gelotst wurden waren. An Prominenz waren unter anderem S. Hupka und J. Ezer vor Ort. Dort gelang es 70 Antifas die Nazis, die vorher eine örtliche DGB-Veranstaltung aufgelöst hatten, anzugreifen (siehe auch Presseerklärung der Antifa M/Göttingen). In diesem Zusammmenhang passierte auch dem bekannten Fascho-Liedermacher, F. Rennecke, das Mißgeschick, sich vor Antifas mit einem Sprung durch die Schaufensterscheibe eines Waffengeschäftes retten zu müssen. um dann erstmal von der Polizei als potentieller Dieb verhaftet zu werden.

Nach dem Aufmarsch in H.-Münden, erhielten die Faschos die Weisung, nach Aschaffenburg weiterzufahren. Vor der Stadt wurden aber vier Busse und damit der Großteil der Nazis, die in diese Richtung unterwegs waren, von der Polizei abgefangen und an der Stadt vorbeigeleitet. Antifas waren ebenfalls den Nazis, die sich nach Aschaffenburg bewegten, auf der Spur. Kleinere Aufmärsche der Nazis gab es noch in Alsfeld (Hessen), Rostock und...

Die Infotelefone der Nazis verlautbaren, daß insgesamt 57 Busse mit Kameraden am 1. Mai unterwegs gewesen wären. Dies würde bedeuten, daß an die 2900 Nazis mit Bussen nach Leipzig fahren wollten. Angeblich hätte der Staatsschutz die Abfahrt vieler Busse verhindert, z.B. durch Informationen an die Busunternehmen. Nach Informationen der NPD/JN wollten eigentlich 10000 Personen an der Demo in Leipzig teilnehmen.

In Leipzig selber kamen nur wenige Nazis an. Einige Gruppen warteten seit dem Morgen in der Nähe des Völkerschlachtdenkmals und versuchten ab und zu sich zu formieren (ca. 100) und Richtung Innenstadt zu marschieren (darunter auch Faschos mit Gau "Elbe-Ost"-Aufnähern). Antifas, die daraufhin den Nazis entgegengingen, landeten zweimal in Polizeikesseln und wurden in Gewahrsam genommen. Schon am frühen Morgen des 1. Mai wurden 30 Nazis aus dem Stadtteil Wahren, in dem auch der stellv. Bundesvorsitzende der NPD, J. Schön, wohnt, gesichtet. Schon kurz darauf waren sie verschwunden. In Leipzig gelang es nach Augenzeugenberichten und inoffiziellen Polizeiverlautbarungen in einigen Fällen, Nazis anzugreifen.

Die Faschos versuchten die ganze Zeit die Infoline des BGR zu blockieren, teils mit Blockanrufen, teils aber auch mit Beschimpfungen, dem Einspielen von Fascho-Musik oder aber mit den offensichtlichen Versuchen, Infos zu erhaschen.

Die Demonstration von der Kurt-Eisner-Str./Karl-Liebknecht-Str., die als ein Treffpunkt für die geplante antifaschistische Gegenwehr am Leipziger Völkerschlachtdenkmal fungieren sollte, war aufgrund der unklaren Informationslage am Donnerstag früh, über ihren gesamten Verlauf sehr gut besucht. Über 2000 Leute warteten hier noch auf weitere Infos, für die Meisten kam aber die Info, daß die Nazis Richtung Bad Hersfeld/Kassel unterwegs sind, zu spät. Schlecht war, daß die Demoleitung und die im Vorfeld mit der Informationsweitergabe beauftragten Gruppen, nicht bekannt gaben, daß doch einige Nazis am Völkerschlachtdenkmal versuchten kleinere Aufmärsche durchzuziehen. Das ursprüngliche Konzept, in Gruppen dorthin zu gehen, klappte nur teilweise und wahrscheinlich landeten deshalb die wenigen Antifas, die den Nazis entgegengingen in den besagten Bullenkesseln.

Am Sachsenplatz, dem Ort der DGB-Veranstaltung kamen ebenfalls nur sporadisch Infos an. Dort sollen auch kleine Gruppen von Nazis aufgetaucht sein. Das Gewerkschaftspotential erweckte nach Augenzeugenberichten in der Masse nicht den Eindruck, dazu bereit zu sein, sich notfalls Richtung Völkerschlachtdenkmal bewegen zu lassen. Bezeichnend ist die Tatsache, daß es

Absprachen von DGB und Polizei gab. Leute herauszugreifen, die mit Megas dazu aufrufen, den Sachsenplatz in Richtung Nazis zu verlassen. Und daß der DGB die Buskennzeichen mit denen die GewerkschafterInnen nach Leipzig unterwegs waren, an die Polizei weitergab, um zu verhindern, daß sie in die Bullensperren kamen, die für die Antifa-Busse aus dem autonomen Spektrum vorgesehen waren, spricht auch nicht gerade für eine gute Zusammenarbeit. Aus diesem Grund wird das BGR einen offenen Brief verfassen. Dieser wird an die Gewerkschaften, die Bündnispartner und an die Presse gehen. In dem Schreiben wird auch darauf hingewiesen, daß in Hann.-Münden der DGB vor den ankommenden Nazis flüchten mußte. In Leipzig konnte der DGB nur aufgrund der Initiative des BGR und dessen Informationsweitergaben rechtzeitig eine größere Veranstaltung planen. Bei einer etwas anderen Situation wären sicherlich auch hier die GewerkschafterInnen vor den Nazis davon gelaufen. Natürlich sind wir uns über die Begrenztheit der Wirkung eines solchen "Protestes" im Klaren. Was Besseres fiel uns aber vorerst nicht ein.
Die Meinungen über die Funktionsfähigkeit der Info-Gruppe gehen auseinander. Viele Antifas mußten lange warten ehe sie einen Anschluß bekamen, andere fanden die weitergegebenen Infos nicht ausreichend. Es muß noch einmal betont werden, daß die Nazis selber in einem heillosen Chaos steckten. Sie gaben widersprüchliche Infos heraus und dies nicht, um zu verwirren, sondern weil sie selber verwirrt waren. Erst relativ spät am Vormittag war der Info-Gruppe klar, daß die Faschos, die um Leipzig kreisten, nichts mehr auf die Reihe bekommen würden, die West-Faschos aber auf ein mehr oder weniger spontanes Ausweichkonzept umdisponierten. Klar ist, daß es das nächste Mal mehr Anschlüsse geben muß und auch geklärt werden müßte, wie auf ein solch unkoordiniertes Ausweichkonzept der Nazis geantwortet werden kann. Die Tatsache, daß einige Antifas sich aufgrund der erhaltenen Infos schon frühzeitig entschieden, ebenfalls Richtung Bad Hersfeld zu fahren, spricht dafür, daß mit den Aussagen der Info-Gruppe doch einiges anzufangen war.
Klar ist auch, daß viele Antifas die Möglichkeit der Info-Beschaffung nicht nutzten, weil viele auch nicht die nötigen Nummern parat hatten. Die von uns vorbereiteten Flyer wurden nicht im geplanten Umfang verteilt, da das Ausweichkonzept auch viele Leipziger Antifas aus der Stadt zog.
Noch nicht weiter bekannt ist uns, ob Antifas von Nazis in Leipzig angegriffen wurden oder es zu Angriffen auf Autobahnraststätten kam. In einem Falle wurde ein Antifa in Leipzig von einem Auto mit Nazi-Insassen angefahren und an der Kniescheibe verletzt. Das Auto (weißer Golf) entkam mit Blechschäden.
Es hat sich gezeigt, daß viele Verhaftete relativ unvorbereitet mit dieser Situation umgehen mußten. In viele Bussen wurde nicht geklärt, was bei eventuellen Verhaftungen passiert. Die Antifas wurden noch in der selben Nacht aus dem Gewahrsam entlassen, allerdings im gleichen Zeitraum wie festgesetzte Faschos. Soweit es möglich war, wurden diese Leute von uns abgeholt.

Vorläufige politische Einschätzung:
Der zentrale Nazi-Aufmarsch mit der geplanten Teilnehmerzahl von 10000 fand nicht statt. Ohne die massive Mobilisierung im Antifa-Spektrum wäre die Verbotsverfügung sicherlich nicht aufrechterhalten worden. Die Behörden verwiesen direkt auf das zu erwartende Antifa-Potential. Natürlich war diese Verhinderung nicht nach dem Geschmack eines Großteils des BGR. Viel lieber wäre es uns gewesen, wenn Antifas die Nazis aus der Stadt gejagt hätten. Aufgrund der Vorbereitung der Antifa-Aktivitäten, den zahlreich anwesenden Antifas bzw. vielen Gruppen, die auf dem Weg nach Leipzig waren und einigen kleinen Erfolgen, die trotz des dann eingetretenen Durcheinanders möglich waren, denken viele von uns, daß die aktive antifaschistische Verhinderung des Nazi-Aufmarsches möglich gewesen wäre. Sollte sich demnächst eine ähnliche Situation abzeichnen, würden wir an unserem Konzept im Großen und Ganzen festhalten.
Angeblich schätzen auch einige Nazis den 1. Mai als totales Desaster ein. Allein der finanzielle Verlust betrage 50000.-DM. Quelle für diese Infos sind nur kurzzeitig aufgetauchte Statements auf Fascho-homepages.
Auch die kleinen stattgefundenen Aufmärsche können die Nazis nicht so richtig als Erfolg verbuchen, da deren Teilnehmerzahlen den von den Nazis im Vorfeld ins Spiel gebrachten Zahlen widersprechen. Unklar bleibt, ob die NPD durch die Medienberichterstattung nicht doch eine gewisse Popularitätssteigerung erringen konnte. Jedenfalls gelang es den Nazis kaum, eigene Inhalte vermitteln zu können. Viele sagen gar, daß die NPD einen schweren Imageverlust hinnehmen mußte, weil sie überall als Nazipartei "gescholten" wurde, was sie ja immer noch vordergründig abstreitet. Desweiteren berichteten viele Medien im Zusammenhang mit dem Aufmarsch in Hann.-Münden von Randale und Pöbeleien, was dem Selbstbild des mustergültigem Deutschen auch nicht gerade entspricht und zumindestens die Kader frustrieren dürfte. Ob sich im Zusammenhang mit dem gescheiterten Aufmarsch jetzt wieder viele Nazis von der NPD/JN abwenden, ist noch nicht abzusehen.
Das BGR argumentierte eigentlich von Anfang an, daß eine juristische Verhinderung einer politischen Bankrotterklärung gleichkomme. Ohne die Nazis in Schutz nehmen zu wollen, wurden auch in BGR-Kreisen verfassungsrechtliche Bedenken geäußert, die von der Sorge getragen waren, daß sich diese Rechtsauslegungspraxis früher oder später vor allem gegen Links wenden werde. Die Zahlenspielereien des Verfassungsschutzes, der anfangs die potentielle Teilnehmerzahl der Nazis auf 2000-3000 herunterspielte, dann aber plötzlich bis auf 7500 nach oben schraubte, spricht ebenfalls nur für einen taktisch-juristischen Umgang nicht aber für einen politisch-klar positionierten Haltung. Dies kann den Nazis in die Hände spielen. Das "antifaschistische Engagement" des sächsischen Ministerpräsidenten, Biedenkopf, des Leipziger OBM, Lehmann-Grube und anderen Prominenten kann nur als von Standortängsten geleitet, begriffen werden. Sachsen und speziell Leipzig sollen keinen schlechten Ruf als braune Hochburgen bekommen. Deshalb auch die angebliche Unwissenheit ("Ein rechtsextremes Potential ist mir hier nie begegnet. Meines Wissens ist die NPD in Leipzig nicht in Erscheinung getreten.") des OBM betreffs der lokalen Stärke der NPD. Diesen Desinformationen muß von unserer Seite entgegengetreten werden. Hier zeichnet sich eine weitere Perspektive des BGR in Leipzig ab.
Die Zusammenarbeit mit den Bündnispartnern klappte diesmal viel besser als bei der Vorbereitung der Wurzen-Demo. Natürlich enttäuschten die Gewerkschaften die anfangs noch beim BGR große Töne spuckten, sich dann nach und nach zurückzogen, um am Ende sich mit einigen Entscheidungen (Menschenkette um den Ring etc.) klar gegen unsere geplanten Aktivitäten zu stellen.
So das wars erst mal. Wie gesagt, wir würden uns über eure Einschätzungen und Erfahrungen am 1. Mai (die im Zusammenhang mit der Antifa-Mobilisierung stehen) freuen. Vielleicht können die ersten Konsequenzen bereits im August, wenn die Nazis wieder versuchen zum Hess-Gedenken aufzumarschieren, berücksichtigt werden.
Wir legen diesem Brief noch einige Materialien bei (einige Artikel aus der jW; LVZ, eine Presserklärung aus Göttingen, ein Einschätzungspapier aus Leipziger Antifa-Kreisen ("Exemplarischer Reflex") und Auszüge aus den Internetseiten der Faschos). Eine vollständige Dokumentation mit Artikeln vor und nach dem 1. Mai, den gesamten Propagandamaterialien der Faschos könnt ihr für 10.- DM bei uns bestellen.

Euer BGR (Leipzig)

Pressemitteilung:

Zentraler Nazi-Aufmarsch in Leipzig fand nicht statt
Autonome AntifaschistInnen schlugen Fascho-Mob in Hann.-Münden zurück

Der für den 1. Mai geplante große Aufmarsch der NPD/JN in Leipzig fand nicht statt. Die bundesweite Naziszene hatte für diesen Tag über ihre Zeitungen, "Nationalen Infotelefone" und das Internet ihre Anhänger und Anhängerinnen mobilisiert und wollte an ihren Demonstrationserfolg in München vom 1. März anknüpfen.
Dementsprechend befanden sich hunderte von FaschistInnen in Bussen und PKWs auf dem Weg nach Leipzig.
Doch der geplante Aufmarsch am Leipziger Völkerschlachtdenkmal konnte aufgrund massiver Polizeipräsens und antifaschistischer Protestaktionen nicht durchgesetzt werden.
Im Laufe des Tages ging die Polizei in den Stadtvierteln um das Völkerschlachtdenkmal dann aber dazu über, protestierende AntifaschistInnen einzukesseln und zu verhaften, während sie die Nazis in Ruhe ließ. So wurden mehrere hundert Antifas festgenommen.
Andere Gruppen von Nazis sammelten sich im Raum Bad Hersfeld (Hessen) und fuhren nach Hann.- Münden in Südniedersachsen, wo sie mit ca. 300 Personen auf dem Marktplatz eine Kundgebung durchführten. Der örtliche DGB, der eigentlich seine traditionelle 1.Mai-Kundgebung dort abhalten wollte, zog sich daraufhin ins Gewerkschaftshaus zurück.

Als ca. 70 autonome AntifaschistInnen in der Stadt erschienen, wurden sie von einem Teil der Nazis angegriffen. Durch beherzte Gegenwehr konnte die Attacke abgewehrt werden, und die Nazis wurden in die Flucht geschlagen. Als sie sich für einen weiteren Angriff mit Zaunbrettern bewaffneten, wurden sie von der Polizei eingekesselt und später in Kasernen abtransportiert.
Am Rande wurde der Nazi-Barde Frank Rennicke von AntifaschistInnen gestellt und erhielt den gerechten Lohn für seine braune `Sangeskunst´.
Ein weiterer Versuch, einen Aufmarsch durchzuführen scheiterte im bayrischen Aschaffenburg an einem Polizeiverbot.
Der heutige Tag hat gezeigt, daß die faschistische Szene über ein sehr großes Mobilisierungspotential verfügt. Auch wenn ihr heute kein zentraler Aufmarsch gelungen ist, ist ein vielfältiger antifaschistischer Widerstand notwendiger denn je.

Stand: 1.05.97, 19 Uhr

„Keine Musik für den Volksempfänger“

Eine kleine Intervention in drei Aufzügen

„Forthcoming fire“

„Forthcoming fire“ ist eine vierköpfige Band aus Bingen am Rhein, deren Sänger Josef Klumb heißt. Seit ca 2 Jahren fällt dieser Klumb in Dark Wave fanzines und -magazinen wegen seinem braunen Äußerungen auf. So verortete er im „Gothic,23“ (1995) die Existenz von *"Illuminaten"*, die die Menschen zu einer *„Sklavenrasse“* mutieren lassen wollen, in der *„Hochfinanz“*. Deren zukünftiges Regime drücke sich in *„UNO, NATO, Weltbank und Zionismus“* aus. Das diese Version der angeblichen „jüdischen Weltverschwörung“ nicht auf seinem Mist gewachsen ist, bestätigte er durch den Hinweis im „The Gothic Grimoire, 1/96“, als er sich auf die Bücher „Geheimgesellschaften, I und II“ des Jan van Helsings berief. Diese antisemitischen Machwerke, die Jan Uwe Holey unter dem Pseydonym Jan van Helsing geschrieben hat, sind unter anderem wegenVerstoß gegen das Antirassismusgesetz in der Schweiz beschlagnahmt worden. Klumb findet diese Bücher *„sehr verantwortungsbewußt“*.

Den *„gewissen Kreisen“* dichtete Klumb im „Gothic,23“, ganz im Tenor rechter Propagandalügen, die *„Lequidierung Rudolf Hess“* an. Zum 50zigsten Tag der Befreiung vom Faschismus fand er: *„...war es trotz allem eine Eroberung, eine Unterwerfung und eine Unter drückung des Geistes, die bis heute anhält...“* und *„daß die „Volks seele“ die bis heute so brutal vergewaltigt wurde, daß ich für dieses Heiligtum...und das Zentrum des Begriffs Deutschland eben verteidi gen werde...“*.

Was Klumb an braunen Geschwalle in den Dark Wave Magazinen unkommentiert von sich lassen konnte, interessierte natürlich die Querfrontstrategen der sogenannten „Neuen Rechte“. Diese ließen Klumb dann auch in der „Jungen Freiheit“vom 23.3.1996 von *„der Reinheit und den Lichtgehalt der Nation“* schwafeln.

Absolut rechtsaußen postierte sich Klumb und seine Band aber durch ihr starkes Engagemant bei der Erstellung des Samplers zu Ehren der NS-Kulturikone Leni Riefenstahl. Dieser Sampler wurde herausgegeben von den ebenfalls in Bingen ansässigen VAWS-Verlag des Werner Symanek. Symanek gehört schon seit Jahren zur internen Struktur der „Unabhängigen Freundeskreise“(UFK). Die UFKs sind wohl eine der ältesten, wichtigsten und einflußreichsten Kadergemeinschaften der NS-Scene. Sie verfügen über zahlreiche Unterorganisationen und beste Verbindungen zur rechten Terrorscene. Von Bingen betreibt Symaneks Verlag u.a. den Vertrieb der UFK-Publikation „Unabhängige Nachrichten“(UN), sowie weitere Publikationen der rechtsextremen Scene. Der Riefenstahl Sampler ist sein zweiter Versuch in die lukrative Musikbranche einzusteigen. Auf den mit 25 Songs versehenen Sampler sind Bands wie „Swirling Swastikas“(wirbelnde Hakenkreuze), „Strength trough Joy“(Kraft durch Freude), „Allerseelen“, „Death in June“ etc.p.p. vertreten. Klumb ist gleich mit drei Formationen und insgesamt 6 Stücken vertreten. Zusätzlich hat er das booklet mit Zeichnungen versehen, die sich durch italienisch faschistische Bildästhetik mit Pfeil- und Runensymbolik auszeichnen. Ebenso verwendete er das Sonnensymbol, das in der ehemaligen SS-Ordensburg, der Wewelsburg bei Paderborn, von der SS in den Boden eingelassen wurde.

Josef Klumb, der, eitel wie er ist, sich auch gerne anglophil mit J.K (sprich Jäi Käi) anreden läßt, weist natürlich alle Vorwürfe von sich. Seitdem sein Vertrag bei „Hyperium“ wegen des „JF“-Interviews nicht verlängert wurde, verkauft er „forthcoming fire“ als verfolgte Unschuld. Er, der sich durch seine Aussagen und eindeutigen Kontakte in die Tradition des Nationalsozialismus, der Bücherverbrennung, des Terrors, Verfolgung und rassistischen Massenmords stellt, sieht sich einer „Bücherverbrennung wie im Mittelalter“„politisch Korrekter“ ausgesetzt. So nannte“forthcoming fire“ ihre neue CD auch „Ver-

I. Aufzug - Das „forthcoming fire“ Konzert

Am 28.2. sollte im Bochumer „Zwischenfall“ ein Konzert der rechten Dark Wave-Band „forthcoming fire“ stattfinden.

Daraufhin intervenierten einige Antifas bei den Betreibern des „Zwischenfalls“. Diesen waren bis dahin die Hintergründe der Band unbekannt gewesen. Ihr DJ Zöller hatte, obwohl er von Klumbs Rechtslastigkeit wußte, den Auftritt arangiert. Von den Antifas informiert, versuchten die Betreiber das Konzert abzusagen. Dazu kam es aber nicht, da ihnen der Tourneemanager mit einer Konventionalsstrafe drohte. Daraufhin beschlossen die Antifas, das Konzert zu verhindern.

Eine Woche vor dem Konzert verteilten sie im „Zwischenfall“ Flugblätter um die Dark Wave - Scene über den Charakter der Band zu informieren und die Verhinderung anzukündigen. Nachdem am 28., den Konzertabend, die beiden Begleitbands „Attrition“ und „Morbus Kitahara“ gespielt hatten, besetzten einige der rund 30 Antifas kurzerhand die Bühne. Sie entrollten das Transparent „Keine Musik für den Volksempfänger“, hängten das Bandlogo von „forthcoming fire“ ab, entfernten das nötige technische Equickment von der Bühne und drehten dem Ganzen zusätzlich den Strom ab. Leider glaubten die Antifas, daß das Verteilen der Flugblätter am Eingang des „Zwischenfalls“ als Information ausreichend gewesen sei. So versäumten sie, von der Bühne herab eine inhaltliche Begründung der Verhinderung zu geben und gaben dadurch Klumb die Gelegenheit, sich auf der Bühne in Pose zu schmeißen. Er ließ sich von ca 20 Fans huldigen. Als DJ Zöller über sein separates Soundsystem die Antifas als Faschisten titulierte und die Fans aufstachelte, begannen diese zu pöbeln. Die Antifas ließen sich aber nicht provozieren. So blieb es beim verbalen Schlagabtausch. Ca weitere 60 Dark Waver verfolgten skeptisch das ganze Scenario, daß mit dem Abgang von Klumb endete. Im Anschluß zu der Aktion kam es zu zahlreichen Diskussionen zwischen Dark Wavern und Antifas. Der Teil der Dark Waver, die die Aktion nicht gut fand, sprach von einer Bevormundung: Ihnen würde der Genuß eines Konzerts vorenthalten, dies sei somit Zensur und darum faschistoid. Ihre Scene würde als Ganzes schlecht gemacht und die Antifas sollten sich um die Boneheads kümmern. In der Diskussion ignorierten sie dabei wiederholt die Inhalte von Klumbs Aussagen und dessen enge Kontakte zu Nazis.

In Hannover mußte das Konzert von „forthcoming fire“ erst garnicht verhindert werden. Hier sagten die Betreiber des „Bad“ das Konzert vom 2.März schon im vornherein ab.

II. Aufzug - Die Diskussionsveranstaltung

Mit der Verhinderung des Konzerts von „forthcomng fire“ visierten die Antifas auch eine Veranstaltung zu den Bestrebungen der Rechten in der Dark Wave - Scene an. Günstigerweise hätte diese Veranstaltung vor der Verhinderung stattgefunden. Aber aus Zeitgründen war dies nicht möglich.

So fand die Veranstaltung „Dark Wave als Zielobjekt rechtsextremer Strategien“ am 7. Mai statt. Und zwar im „Zwischenfall“.

Das „Zwischenfall“ war ausgewählt worden, damit die Diskussion keine Diskussion von Antifas für Antifas über Dark Wave wird, sondern eine Diskussion mit Dark Wavern über Dark Wave, in deren Sphäre.

Die zahlreiche Anwesendheit, über 50 Leute, von denen 40 Dark WaverInnen waren, gaben der Idee Recht. Nach einem Vortrag des Sozialwissenschaftlers Alfred Schobert fand eine ziemlich interessante Diskussion statt. Diese zeichnete sich dadurch aus, daß sich

urteilt, gerichtet und lebendig verbrannt". Die Tournee im Februar gar „Burnt alive". Dies Verfolgtenimage läßt sich bei unbedarften Leuten gut verkaufen. Und ihre Texte kommen, wie die meisten Texte von ihnen, auch recht unbedarft daher. Aber wie bei jeder Mogelpackung muß mensch auf das Kleingedruckte achten. Auf dem Cover ihrer neuen CD, die bei NOVA TEKK in Gelsenkirchen erschienen ist, heißt es: *"Dank und Gruß .... Jan Uwe Holey und Werner Symanek für großzügiges Sponsoring. ..."*

„Death in June"

Die Band „Death in June", die seit langem hauptsächlich aus dem Engländer Douglas Pearce besteht, hat in der Dark Wave Scene so etwas wie einen Kult Status. Und das, obwohl Pearce rassistische und faschistische Äußerungen der Scene nicht unbekannt sind. Pearce arbeitet seit Jahren mit faschistischen Symbolen, Uniformen und Bühnenästhetik. Als Bandsymbol dient ihm der SS-Totenkopf. Ausweichend äußerte er in der „Zillo"(5, `92) dazu: *"Der Totenkopf symbolisiert für mich den totalen Glauben und die Hingabe an mein Projekt"* und zu seinen Uniformauftritten: *"Die Uniformen-sie sind einfach schön..."* Verräterischer wird es, als er sich in dem selben Interview positiv zu Georg Strasser und Ernst Röhm von der SA äußert. Er gibt dort des weiteren zum Besten, daß er das Horst Wessel Lied auf der Platte „Brown Book" gecovert hat und in der Mail Order Liste das Pseydonym E.Röhm verwendet.
Im Dezember `92, kurz nach dem Pogrom von Rostock,weigerte er sich eine recht harmlose Erklärung verschiedener Dark Wave Bands, die die rassistischen Übergriffe verurteilte, auf dem Hamburger „Dark X-Mas Festival" zu unterschreiben. Er sprach von einem ärgerniserregenden Stück politischen Dogmatismus, reiste ab und gab zwei Konzerte im Bochumer "Zwischenfall". Kurz darauf gab er dem Dark Wave-fanzine „Glasnost"(jan/feb `93) ein Interview und äußerte Verständnis für den rassistischen Mob: *"Hast Du jemals Tür an Tür mit Zigeunern gelebt? Ich kann den Groll, der in Ostdeutschland zum Vorschein kommt, verstehen. Was haben die Leute dort nach drei Jahren der Vereinigung und des Wartens auf den gleichen hohen Lebensstandard wie in Westdeutschland? Nichts. Alles, was sie nun haben, ist der Flüchtlingsstrom von überall her..."* So verwundert es auch nicht weiter, daß die Konzerte im „Zwischenfall", wie eine Ankündigung von `92 belegt, auf die Vermittlung des VAWS-Verlag des Werner Symaneks zurückgeht.
So durfte „Death in June" auf dem Riefenstahl-Sampler von Symanek natürlich nicht fehlen. Hier traten sie mit "Strength through Joy" als „KAPO" an. In einem „Junge Freiheit"-Interview vom 7.3.`97 weiß Pearce: *" Ich war immer ein großer Bewunderer von Leni Riefenstahls Arbeit während der Zeit des Dritten Reiches, was einen unauslöschlichen Eindruck auf mich hinterlassen hat.*
Last not least zitieren wir noch aus einem Interview, was Pearce dem faschistischen Dark-Wave fanzine „Sigill"(März `96) gab. Es geht u.a. über seinen Kroatienaufenthalt nach dem Kriegsausbruch auf dem Balkan. Er besuchte dort das Hauptquartier der HOS Milizen, die der HSP, der faschistischen Partei Kroatiens unterstehen. Die Nazis der HOS sind für ethnische Säuberungen verantwortlich und gaben europäischen Nazis die Möglichkeit in speziellen Einheiten sich im Brandschatzen, Vergewaltigen und Morden zu trainieren. Pearce in dem Interview: *"Tudjman und die HDZ haben versucht, die Wichtigkeit der HOS oder der Internationalen Schwarzen Legion oder anderer Gruppen, die Kroatien beim Freiheitskampf unterstützten, herunterzuspielen."*
Da ließen sich die Kameraden auch nicht lumpen und der ehemalige stellvertretende Vorsitzende des „Nationalen Blocks", Günter Kursawe, rief via Thule Netz auf, dafür zu sorgen, daß das „Death in June" Konzert im „Zwischenfall" staatfinden kann.

nicht nur die üblichen Vielsprecher, sondern auch eine ganze Reihe anderer Leute zu Wort meldeten. Neben rein informativen Fragen, standen vor allem die Punkte Zensur, versus Einflußnahme auf Prozesse, und Freiheit der Kunst, versus Verantwortung, im Vordergrund. Bezeichnend war, daß sich vor allem die Herren mit den SS-Totenkopfemblemen und „Death in June"- T- Shirts verbal enthielten. Zwei eher unverdächtig erscheinende Typen hingegen sprachen von Zensur und beharrten auf die heere Freiheit der Kunst. Egal welchen Inhalt diese vertritt. Sie fragten, ob die Antifas die Dark Wave - Scene denn für hohl hielten. Dies erledigte sich mit dem Hinweis, daß wenn dem so wäre, es die Einladung zur Diskussion nicht gegeben hätte. Andere Dark WaverInnen sprachen sich explizit gegen eine Vereinnahmung durch Faschisten aus. Zum Abschluß der Veranstaltung kam die Sprache noch auf das vom „Zwischenfall" abgesagte Konzert der australischen Band „Death in June". Während der Referent, die inhaltlichen Punkte zu „Death in June"s brauner Vita noch einmal referierte, präzisierte einer der Betreiber des „Zwischenfalls" ihre schwammig gehaltene Begründung zur Absage des Konzerts vom 9. Mai.

III. Aufzug - Das „Death in June" Konzert

Über die Ereignisse um das „forthcoming fire" Konzert herum waren eine ganze Reihe von Leute, auch außerhalb der Antifa, sensibilisiert worden. Als die Information die Runde machte, daß trotz alledem „Death in June", „Strength trough joy" und „Boyd Rice" am 9. Mai im „Zwischenfall" spielen sollten, war für viele klar, daß dies auf keinen Fall passieren wird.
Obendrein bekamen die ehedem schon schwankenden Veranstalter Reaktionen von anderer Seite mit. Örtliche Parteien, Fernsehsender, Lokal- und Veranstaltungszeitungen informierten sich verwundert, wie das „Zwischenfall" zu solch einem Konzert käme. Eine Woche vor dem Termin, wurde das Konzert abgesagt.
Das es trotzdem in NRW ein „Death in June" Konzert gab, ist auf die Tätigkeit des „Zwischenfall"- DJs Zöller zurückzuführen. Er vermittelte den Ausweichort, das „Kult" in Arnzsberg. Dort machte er dem Betreiber eine Disco mit vorhergehenden Lifebands schmackhaft. In Bochum verteilten dann seine Freunde die Wegbeschreibung an all die Dark WaverInnen, die nichts von der Bochumer Absage mitbekommen hatten.
So traten „Strength trough Joy", „Boyd Rice" und „Death in June" in Arnzsberg auf. Die Bochumer Diskutanten, die die „Freiheit der Kunst" vertraten, beglückten das Konzert einerseits in schwarzer Kampfmontur, andererseits im Tarnanzug und einem T - Shirt der Naziband „Allerseelen". Dies zeigte die Wewelsburg, die ehemalige Ordensburg des SS - Ahnenerbes bei Paderborn.
Die Stimmung bei Douglas Pearce war äußerst mieß. In Österreich und Dänemark hatte es Ärger um die Tournee gegeben. Hamburg und Bochum wurden ihnen abgesagt. In Rostock, wo auf der „Stubnitz" das Ersatzkonzert zu Hamburg stattfand, verteilten Antifas Flugblätter. Und auch in Plauen, wo sie im „Treffer" auftraten, hatten Antifas für Unstimmigkeiten gesorgt.
Douglas Pearce und seine Mitstreiter werden sich ungern an diese Tournee erinnern.



Antifas aus dem Ruhrgebiet

Wir haben uns entschlossen dieses Papier zu schreiben, aufgrund der unmittelbaren Eindrücke am 1. März, und nachdem wir in Gesprächen festgestellt haben, daß wir den Tag anders bewerten als die meisten. Das Bündnisflugblatt (*Ist doch alles gut gelaufen, oder?*) war nicht der Anlaß für diesen Text. Wir beziehen uns darauf, weil diese Einschätzung in hoher Auflage verbreitet wird. Wenn wir die Defensive der AntifaschistInnen schildern, dann geht um im nachhinein an den OrganisatorInnen zu mäkeln, sondern weil sie sonst nirgends erwähnt wird.

Denn wenn man die Leute, die auf der Demonstration und auf dem Marienplatz waren, ernst nehmen möchte (bzw von ihnen ernstgenommen werden möchte) muß man so ehrlich sein den Tag al das darzustellen was er war.

Es mutet doch seltsam an, wenn alle Beteiligten, die Faschisten, die Polizei und die Linken, von Erfolg reden.

„HIER MARSCHIERT DER NATIONALE WIDERSTAND"

Zum 1.März in München

4500 Neonazis und ein paar hundert Altnazis, d.h. auch etliche der rassistischen Mörder und Brandstifter der letzten Jahre und die, dies gerne noch werden wollen, marschierten durch München. Und niemand hat versucht das zu verhindern.

Daß es beim Aufmarsch geblieben ist, lag einzig an dem Konzept der Nazis. Bei einer Eskalation durch sie hätte das anwesende Polizeiaufgebot keine Chance gehabt. AntifaschistInnen wären als vereinzelte Zaungäste des Naziaufmarsches nicht mehr als die ersten Angriffsziele gewesen.

Wer das nicht zum Ausgangspunkt, sowohl einer Bewertung des 1.März, als auch weiterer Überlegungen macht, die/der will der Beschissenheit der Situation und vor allem der Defensive der antifaschistischen Kräfte nicht ins Auge schauen. Viele geben sich einer Erfolgseuphorie hin, weil sich die Polizei dazu entschlossen hat, die Abschlußkundgebung der Nazis im Tal durchzuführen, nachdem über 10000 Nazi-GegnerInnen auf dem Marienplatz standen und doppelt so viele Nazis wie angemeldet auf dem Weg dahin waren. Wenn Leute, die auf dem Marienplatz waren und den Naziaufmarsch nicht zu sehen bekamen, erfreut über den Erfolg sind, daß sie zusammen mit tausenden Anderen den Marienplatz „gehalten" haben, dann ist das subjektiv nachvollziehbar. Wenn aber an der Organisation der Gegenmobilisierung Beteiligte im CL-Netz verbreiten, der 1.März wäre einer „der größten Siege, den die Linke und die Antifaschisten in den letzten Jahren gegen die militante Rechte errungen haben", und dabei phantasieren, der Naziaufmarsch wäre von 12000 Menschen eingekesselt (!) worden - dann fehlen uns die Worte.

Während überall von Erfolg die Rede ist, formuliert das Münchner Bündnis gegen Rassismus (eine der Organisationen der Gegendemonstrationen) zumindest mit Fragezeichen: *„Ist doch alles gut gelaufen, oder?"* Die Einladung zu einem Auswertungstreffen will an Positivem anknüpfen und kehrt dabei unter den Teppich, daß das allseitige gute Gefühl darauf basiert auszublenden, daß die Situation so beschissen ist, daß niemand tatsächlich versucht einen derartigen Naziaufmarsch zu verhindern. Es ist erfreulich, daß sich die NazigegnerInnen trotz Verbot nicht abhalten ließen, auf den Marienplatz zu gehen. Weder von den Drohungen Stoibers und der Polizei, noch von der spalterischen Demobilisierung von DGB, SPD und Teilen der Grünen, allen voran OB Ude. Auch die 10-15000 haben nicht *"genau das Richtige getan"*, sondern den Nazis über 2 Stunden lang Straßen und Plätze der Stadt überlassen - abgesehen vom Marienplatz. Wenn das Münchner Bündnis gegen Rassismus seine eigenen Formulierungen ernst nimmt, dann bedeutet den Nazis dieses Forum zu lassen, *„eine Verhöhnung der Opfer des Nationalsozialismus und die Vorbereitung neuer Nazigewalt"*. Das schließt aus zu schreiben, daß es *"noch besser"* gewesen wäre, den Naziaufmarsch zu verhindern. Wenn, dann geben wehende Nazifahnen nicht erst auf dem Marienplatz ein *"katastrophales Signal"*, sondern bereits 300m entfernt bei der Auftaktkundgebung der Nazis am Jakobsplatz. Sich an der saubergehaltenen *„guten Stube der Stadt"* festzuhalten, ist strukturell dasselbe wie der Aufruf, sich mit der Präsenz auf dem Geschwister-Scholl-Platz und dem Platz der Opfer des Nationalsozialismus zu begnügen (so z.B. der 3. Bürgermeister Monatzeder, Grüne, auf der Auftaktkundgebung der Antifa-Demo, Motto: *„Nazis einfach ignorieren"*). Es ist Augenwischerei, den Naziaufmarsch als *"Skandal im Land der Täter"* zu bezeichnen und nicht klarzustellen, daß das Zustandekommen dieses Skandals nicht nur an der Genehmigung durch die Behörden liegt, sondern auch an der fehlenden Verhinderung durch NazigegnerInnen und AntifaschistInnen. Die meisten sind am 1.März zufrieden und beruhigt nach Hause gegangen. Gerade deshalb müßte diese Klarstellung in einem Flugblatt, von dem mehrere tausend verteilt werden, an erster Stelle stehen.Daß noch nicht mal versucht wurde den Naziaufmarsch zu verhindern, liegt natürlich zuerst mal nicht in der Verantwortung der 10 bis 15000 mobilisierten NazigegnerInnen. Ein großer Teil von ihnen waren Unorganisierte aus München und Umgebung, der sich naheliegenderweise daran orientierte, worüber die Auseinandersetzung vor dem 1. März in der (Medien-) Öffentlichkeit geführt wurde. Und das war die von allen Seiten thematisierte Frage, auf welche Plätze die Nazis dürfen, und eben nicht, ob der Aufmarsch stattfindet. Wieviele gekommen wären, wenn die 40 Gruppen und Organisationen der Gegenmobilisierung von Anfang an in aller Öffentlichkeit dazu aufgerufen hätten, 1 Stunde vor den Nazis auf deren Auftaktkundgebungsplatz zu stehen, um den Aufmarsch wenn irgend möglich zu verhindern - darüber läßt sich jetzt nur spekulieren.

Die schwarzbraune Allianz von CSU, Bund freier Bürger, NPD, verbotenen Nazi-Organisationen und braunem Mob, die gegen die Wehrmachtsausstellung fast offen gemeinsam agiert, ist fest verankert. Ebensowenig wie sich die CSU-Führung scheuen muß, sich hinter jede faschistoide Äußerung von Gauweiler zu stellen, ebensowenig hätte sich KVR-Chef Uhl (CSU, von SPD und Grünen gewählt) gescheut, die Abschlußkundgebung der Nazis auf dem Marienplatz durchzusetzen, wenn sich die völlig überforderte Polizei in der Lage gesehen hätte, die dabei drohende Eskalation in den Griff zu bekommen.

In dieser Situation ist es nicht weiter verwunderlich, daß OB Ude sich hinter dem Demonstrationsrecht versteckt, anstatt auf antifaschistische Zivilcourage zu machen und zu sagen: *„in der von mir regierten Stadt findet kein Naziaufmarsch statt"*, weil klar ist, daß er das ohne die Unterstützung der schwarzbraunen Allianz in Bayern juristisch nicht durchsetzen kann. Aber auch unter den Organisationen der Gegendemonstration wurde eine öffentlicher Aufruf, den Naziaufmarsch zu verhindern, mit dem Hinweis ad acta gelegt, das wäre nicht möglich, weil nicht erlaubt. Es wurde gar nicht erst darüber diskutiert, wie eine offene Verhinderungsmobilisierung möglich wäre, ohne daß jemand rechtlich belangbar ist, und vor allem, ob es nicht zuerst eine politische und dann erst eine juristische Frage ist, für was öffentlich eingetreten wird. Diejenigen aus der Vorbereitung, die weiter gerne für einen Verhinderungsversuch mobilisiert hätten, waren in ihrem Auftreten und ihren Formulierungen so defensiv, daß sie sowohl im Vorfeld als auch am 1.März gar nicht wahrgenommen wurden, und sich schon gar nicht gegen die *„Wer-darf-auf-welchen-Platz-Debatte"* durchsetzen konnten. Eine (bundesweite) linksradikale Mobilisierung, die in der Lage gewesen wäre Motor zu sein, etwa von organisierten antifaschistischen Gruppen, war nicht existent. Die Republik und auch die linken Medien waren mit dem Tag X³ im Wendland beschäftigt.

So gab es faktisch keine Verhinderungsmobilisierung, obwohl das nicht bewußt entschieden wurde. Trotz der 10-15 Tausend NazigegnerInnen muß man sich der Defensive der antifaschistischen Kräfte klar sein. Wir gehen davon aus, daß ohne die Diskussion in den Medien um die Wehrmachtsausstellung und die Äußerungen Gauweilers und seiner Freunde diese hohe Beteiligung an der Demonstration und auf dem Marienplatz nicht zustandegekommen wäre. Das müßten auch die OrganisatorInnen wissen.

Wir sehen den Naziaufmarsch als Ausdruck einer Entwicklung in Deutschland, die für Menschen, die nicht der jeweilig hegemonialen deutschen Norm entsprechen, in immer mehr Situationen und in immer größeren Gebieten lebensgefährlich wird. Da gehört der Mobilisierungserfolg der Nazis und die ihn unterstützende schwarzbraune Allianz ebenso dazu, wie die Defensive der antifaschistischen Kräfte. Auch eine Verhinderung des Naziaufmarschs hätte an dieser Entwicklung erstmal nicht viel geändert, und wäre aber das mindestens Notwendige gewesen.

Einige AntifaschistInnen

ANTIFASCHISTISCHE ARBEITSGRUPPE UELZEN
POSTFACH 12 17
29544 BAD BEVENSEN

Uelzen, 14.05.97

Liebe Genossinnen und Genossen!

In der Allgemeinen Zeitung (Lokalblatt von Uelzen) fand mensch, in der Ausgabe vom 10./11.05.97 einen Leserbrief von **Giselher S. Krüth** aus Ebstorf und eine Anzeige der **KPD**.
Auch hinter der Anzeige steht **Krüth** aus Ebstorf. **Krüth** ist seit Anfang der 80ziger Jahre Mitglied in der faschistischen **NPD**. Im Kreisverband Uelzen dieser Partei war er sogar Kassenwart.
Giselher S. Krüth ist seit den 70ziger Jahren in Uelzen bekannt. Damals war er in der DKP. Nachdem sich die DKP in Uelzen aufgelöst hat, trat er in die NPD ein.
1993 trat er mit einer Anzeige der KPD in Erscheinung. Wir nahmen daraufhin Kontakt zu ihm auf. Damals wußten wir noch nichts von seiner NPD-Vergangenheit. Am 19.05.93 gab es ein Gespräch zwischen einem Mitglied der Antifa AG Uelzen und ihm. Nach dem Gespräch wandten wir uns an die KPD, weil wir uns nicht sicher waren ob **Krüth** ein Kommunist ist. Neben diversen politischen Parolen konnte **Krüth** bei dem Gespräch nur über die NPD reden. Er gab sich als "Kundschafter" aus, der die NPD ausspionieren wollte. Er tat dies angeblich, weil im nach dem Ende der DKP in Uelzen die politische Heimat fehlte. Ehemalige uelzener DKP Mitglieder konnten uns dies nicht bestätigen! Auf politische Fragen konnte er nicht oder nur mit platten Parolen antworten. Genauere Infos über die NPD gab es auch nicht. Nur Dinge die schon länger bekannt waren. Wir erhielten von ihm dann noch einige schriftliche Infos der NPD, die allerdings veraltet und zum größten Teil schon bekannt waren.
Nachdem wir uns an die KPD gewandt hatten und dort uns nach ihm erkundigt hatten, brach **Krüth** den Kontakt zu uns ab.
Monate später veruchte **Krüth** dann als **PDS/Linke Liste** aufzutreten.
Mit einer Anzeige im Stadtmagazin "21zwanzig" trat er in Erscheinung. Die PDS untersagte ihm dies dann, weil dort bekannt war, das er NPD´ler ist.
Nun versucht er es wieder als KPD und einem Leserbrief, der Linke ansprechen kann.
Die KPD, die die Zeitung "Die Rote Fahne" herrausgibt, wurde von uns informiert.
Wir warnen alle davor Kontakt zu ihm aufzunehmen. **Giselher S. Krüth** ist ein Nazi, der versucht Kontakt zu Linken aufzubauen und diese dann auszuspionieren.
Wer weitere Informationen über **Giselher S. Krüth** hat oder Kontkt mit ihm hatte, möchte sich doch bitte bei uns melden.

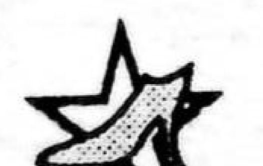
Mit antifaschistischen Grüßen
Eure
ANTIFASCHISTISCHE ARBEITSGRUPPE UELZEN

Einladung

Die Queerulanten laden ein zur Bildung einer Enquetekommission, zur Vorausscheidung der ersten öffentlichen Verleihung des
"braunen Stöckels",
für die am meisten geleistete Scheiße im letzten Jahr
– an allseits beliebte Organisationen oder/und Personen.
Die Verleihung der mit Scheiße gefüllten Stöckel auf silbernem Tablett mit festlicher Ansprache, soll auf dem diesjährigen "Motzstraßenfest" stattfinden.
Bisher vorgeschlagene Kandidaten (in alphabetischer Reihenfolge)

1. Gay Manager
2. Schwule Soldaten
3. Mann-o-meter
4. Schwule Polizisten
5. SVD
6. Rosa von Braunheim
7. Sonntagsclub
8. Bodo Mende

Alle Lesben und Schwule, die sich von solcher Art Veranstaltung angesprochen fühlen, laden wir herzlichst ein.
Erstes Treffen: Sonntag, 8. Juni 1997, 16 Uhr, Yorckstraße 59, Veranstaltungsetage, 1. HH., 2. OG, rechts, Kreuzberg, (Für Kaffee und Törtchen ist gesorgt)
Zweites Treffen: Sonntag, 15. Juni 1997, 16 Uhr, ebenda.
Anhänger und Angehörige obengenannter Organisationen/Personen sind von der Teilnahme dieses Jahr leider ausgeschlossen.



Queerulanten



Besucht den Eurozirkus in Amsterdam

Veranstaltung zur Vorbereitung eines Ausflugs zum Eurogipfel vom 14.-17. Juni in Amsterdam

So. 25. Mai, 15 Uhr

Druckluft Oberhausen

Die **Gruppe »Tegencontrole«** (Gegenkontrolle) beschäftigt sich in den Niederlanden mit administrativen Erfassungs- und Überwachungsmaßnahmen, angefangen vom Datenstrom privater Girokonten bis zur Video-



KONZERT 29.5.97 20.30 SCHILLINGBRÜCKE
WAGENBURG „SCHWARZER KANAL" köpenickerstr.



Mexiko:
Der Indio-Aufstand in Chiapas



Foto: Hert Sch

Vortrag und Diskussion mit

Ines Castro von CONPAZ (Koordination der Nicht-Regierungs-Organisationen von San Cristóbal) aus Chiapas und Ricarda Schlittgen, von der Mexiko-Gruppe im FDCL (Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile/Lateinamerika).

Die Veranstaltung soll über die aktuellen Ereignisse in Mexiko und über das geplante „Zweite Internationale Treffen für eine menschliche Gesellschaft und gegen den Neoliberalismus" informieren.

Mittwoch, 28. Mai 1997
19.30 Uhr
Haus der Demokratie,
Friedrichstr. 165, 10117 Berlin-Mitte
U-Bahnhof Französische Str.



Türken in der Klemme:	Tartışmalı Toplantı
Fundamentalismus und Militärputsch	Şeriat ve Darbe Kıskacında Türkiye
Diskussionsveranstaltung mit	Konuşmacı

Faik Bulut

Islamforscher und Nahostexperte

zur aktuellen Krise zwischen Militärs und Islamisten in der Türkei

am 24. Mai 1997
um 18.00 Uhr
im Hauptgebäude der TU
Straße des 17. Juni 135
(Nähe U-Bhf. Ernst-Reuter-Platz)

Veranstalter: AStA der TU Berlin und YAZIN

Arbeitsbrigaden nach Cuba

Drei Wochen Arbeit, v.a. auf Heilkräuterfeldern und in einer Arzneimittelfabrik. Termine:

14. 9. - 5.10.97
5.10. - 26.10.97
26.10. - 16.11.97

Alle Kosten müssen selbst getragen werden. Weitere Infos bei: FG Berlin-Kuba, Grimmstr. 6, 10967 Berlin, Tel. 030/6912025 (Di. 19-21h, sonst AB).

Cuba no está sola



El Locco - Programmübersicht Mai 1997

Do. 22.05.	Video	**Georg K. Glaser**, Schriftsteller und Schmied Portrait und Geschichte eines „kämpfenden Künstlers"	20.00 Uhr
Sa. 24.05.	Vortrag	**Neoliberalismus & Rechtsextremismus** Info- und Diskussionsveranstaltung	19.00 Uhr
Mi. 28.05.	Video	**Projekt Arthur**, BRD 1987, 72 min. Die Gewaltfrage - 1968, anschl. Diskussion	20.00 Uhr
Do. 29.05.	Video	**Nestor Machno** Der Lebenslauf von Machno, sowie die Spuren dieser bäuerlichen Guerilla werden detailliert vorgestellt.	20.00 Uhr
Fr. 30.05.	Film	**Oblomow-Filmfest**, Filmzyklus von Harald Budde 1. Teil „Oblomows Träume" (42 min.) 2. Teil „Die Splitter in den Träumen des Ilja Iljitsch Ollomow (58 min.)	20.00 Uhr

El Locco, Kreuzbergstr. 43, 10965 Berlin, tel. 785 99 73

Nestor Machno

Video, 1997, ...min.
Ein französisches Filmteam begab sich in den 90er Jahren in das ehemalige Gebiet der Machnochistas. Der Lebenslauf von Machno sowie Spuren dieser bäuerlichen Guerilla werden detailliert vorgestellt. Auch noch ehemalige lebende Augenzeugen werden per Interview zu ihren Erlebnissen befragt. Die Tragik der Machno-Bewegung ist filmisch ein Beleggrund dafür, wie sie zuerst noch mit der Roten Armee gegen die >Weißen< kämpften um dann anschließend von den Bolschewikis niedergerungen zu werden. Dieser Film eignet sich als ein erneuter Blick zur Aufarbeitung der Russischen Revolution.

Do. 29.05. um 20.00 Uhr

GEORG K.GLASER. SCHRIFTSTELLER UND SCHMIED

Harun Farocki Filmproduktion
BRD 1989, 43 Min.

Georg K. Glaser ist Arbeiter-Schriftsteller. Auch im wörtlichen Sinn: den Vormittag verbringt er am Schreibtisch, von Mittag an ist er in seiner Ladenwerkstatt im Pariser Viertel Marais. Dort stellt er Schalen, Lampen, Vasen, Krüge und andere Metallarbeiten her. Er beherrscht Arbeitstechniken, die kaum noch ein anderer Schmied ausführen kann.

Do. 22.5. um 20[00]

Neoliberalismus & Rechtsextremismus

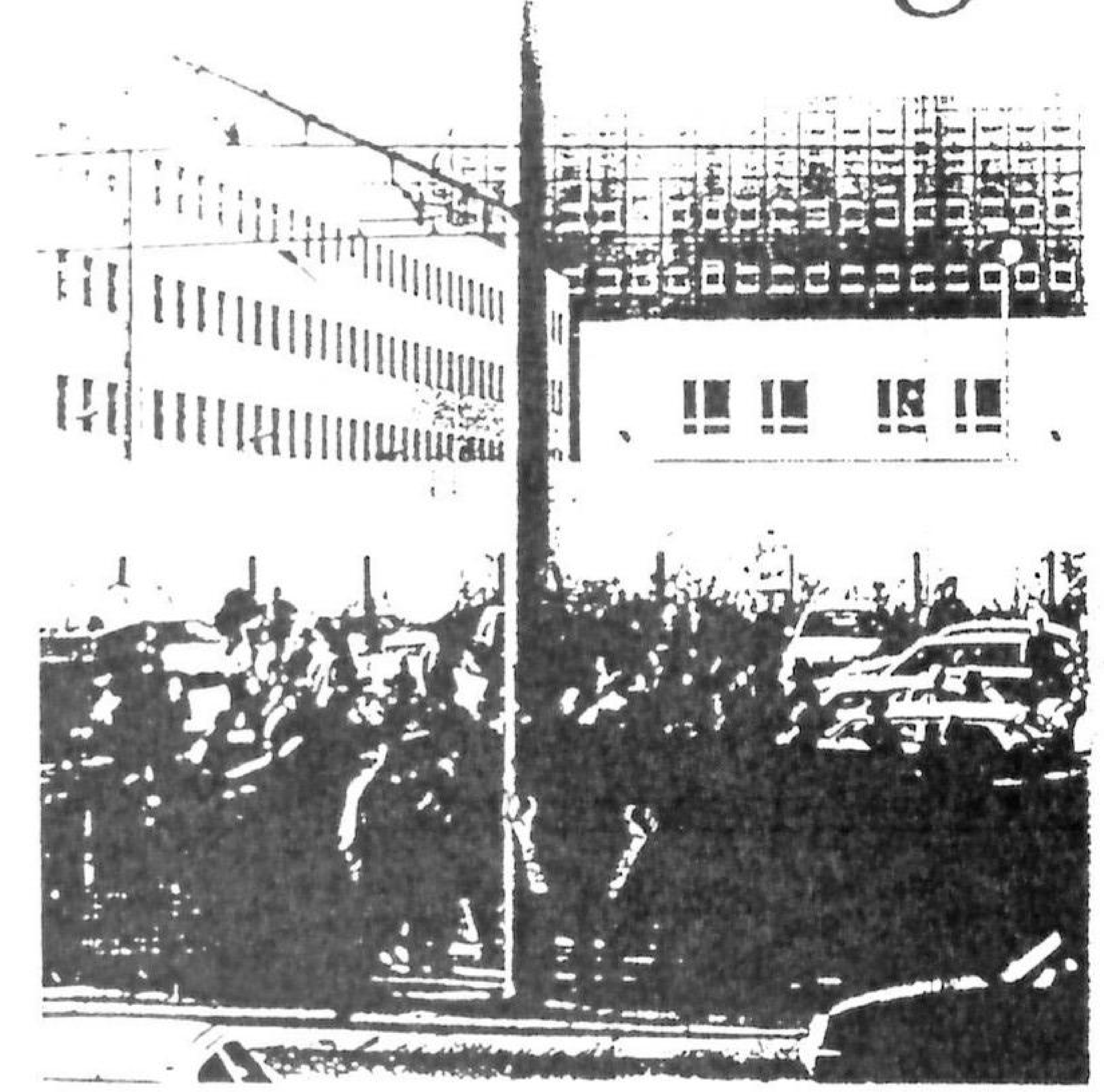
Info- und Diskussionsveranstaltung
Ein neuer Begriff feiert Furore. Alles spricht von der Globalisierung. Das Kapital erobert von neuem die Gebiete des Ostens, sprich der Ex-SU und Osteuropa. Neue Möglichkeiten bieten sich in Form billiger und williger Arbeitskräfte, Steuerfreiheit usw. Dies heißt in Westeuropa, speziell Großdeutschland wird „das soziale" klein geschrieben. Die Kürzungen im Sozialhaushalt werden zynisch als >Reformen< bezeichnet und sind makaber dazu, ein guter Nährboden für die Rechtsextreme. Ein latenter sozialkrieg wie H. Sana ihn beschreibt ist im Gange. So ist bspw. Haider's FPÖ (Freiheitliche Partei Österreich!) eine der schärfsten Sozialabbau-Parteien und zugleich zur Zeit Europas >bester Rechtspopulist<! Aber internationalistisch ist nicht alles gleich, vor allem in Rußland ergeben sich Kuriositäten. Was alles verbirgt sich hinter dieser „unheilvollen Allianz"? Was, wenn die Soziale Frage nun wiederum von den Nazis „entdeckt" wird? Welche Antworten und *Vision-en* können wir als radikale Linke geben?

Sa. 24.05. um 19.00 Uhr

K.E.I.N. K.N.A.S.T.



steht ewig.



bis 24. Mai! Demonstration zum

Abschiebeknast Grünau

24. Mai, 13.oo Uhr

Demonstration,

Platz des 23. April, Köpenick, [S] Köpenick, TRAM 62 + 68

anschließend:

Kundgebung

am Abschiebeknast Grünauer Str.

Beschallung:

Tod und Mordschlag

SOLIPARTY:
LAKANDONISCHER
JUNGLE
dj apollo & radionord
acid house ~ trip hop ~ drum 'n bass

23.5.
WTF
holzmaktstr.11
u-bahn: jannowitzbrücke

für! die einladung zu 2. interkontinentalen treffen braucht es geld damit die, die es sich ohne diese internationale unterstützung nicht leisten könnten auch kommen können! das treffen für eine menschliche gesellschaft und gegen neoliberalismus, geht auf die initiative der zapatistas in mexico zurück.

VIELE EXTRAS!

DAS VERFLIXTE 7. JAHR

VIELE EXTRAS!

TUNTEN HAUS UND HOF FEST

»FORELLE«
DER FILM AUS DER MAINZER STR. IM
DIRECTORS CUT
(480 min.)

TUNTEN-TERROR
GALASHOW

TEKKNO TANZEN MIT
RADICAL ★ RAVE

STAR HAMBURG GAST

COCKTAILBAR

LEBT + LEST
TUNTEN TINTE

UM 21 UHR LIEST PENELOPE AUS IHREM BUCH: „DAS GEPFLEGTE TUNTENTUM"

LICHTBILDVORTRAG
! DIE WAHRHEIT ÜBER DAS TUNTENHAUS !

AUßER HOUSE TANZEN IM
KRONLEUCHTERHOF

SAMSTAG, 24. MAI

